

86

Nov./Dez. '00
16. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

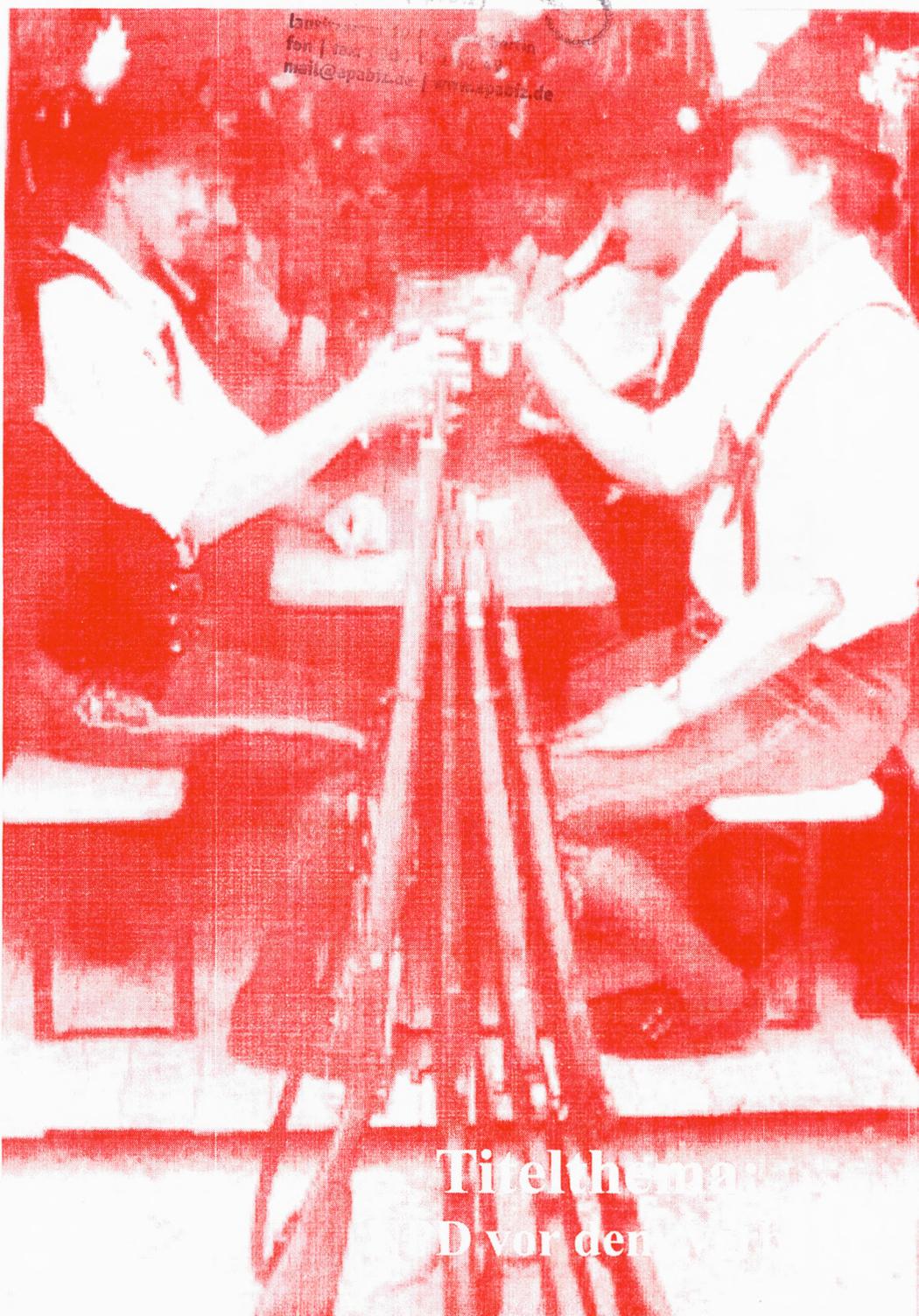
Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Weitere Themen:

- Woche gegen
Rassismus
- Dortmund stellt sich
quer
- Nazi-Aufmarsch in
Düsseldorf
- Urteil im Guben-
Prozess
- Grauer Leitwolf will
nach Europa
- Todeslager Sobibor
- Wehrmachtsaus-
stellung wird wieder
gezeigt



Titelthema

D vor den Völkern

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt	6
Dortmund stellt sich quer	9
Nazi – Aufmarsch in Düsseldorf	27
Marsch gegen Rassismus in Recklinghausen	29
Todeslager Sobibor (Teil 4)	32
Nazis wittern Morgenluft in Dortmund	36
Das Urteil im Gubenprozess	39
Wehrmachtausstellung soll wieder gezeigt werden	41
Analyse	
NPD vor dem Verbot	4
Grauer Leitwolf will nach Europa	17
Wir fordern gleiche Rechte	30
Kommentar	
Der Aufstand der Anständigen	8
Korrespondenz	
Ausländerjagd auf offener Straße	42
Kurznachrichten	
News aus dem Revier	43
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habnahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnen- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 87: 28.12.2000

EDITORIAL

Einige Antifaschisten reiben sich in diesen Tagen die Augen - was ist los in dieser Republik ? Hunderttausende gehen am **9. November** in Berlin auf die Straßen, um gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt zu demonstrieren. Aufgerufen hatten aber nicht die Antifaschistische Aktion oder andere organisierte Antifa-Gruppen, aufgerufen hatten Regierung und Opposition (wenn auch mit Bauchschmerzen). Hierzu ein **Kommentar** von **Stephan W. Born**. Während die Politiker einerseits markige Reden für Toleranz und Völkerverständigung halten, schieben Politiker wie Fritz Behrens (SPD) in NRW gnadenlos abgelehnte Asylbewerber in Folterstaaten ab.

Während alle Welt ein hartes Vorgehen gegen neonazistische Gewalttäter fordert, bekommen faschistische Gewalttäter wie die in **Guben** Bewährungsstrafen.

Während ein Demoteilnehmer in **Düsseldorf** wegen einer geworfenen Flasche, die nicht einmal jemanden verletzte, im Schnellverfahren zu 7 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wird, wird ein Gubener Nazi, der das Mahnmal für den getöteten Afrikaner zerstört hatte, ermahnt. Der Vorsitzende Richter zeigte Verständnis für den jungen Mann, der „*seinen Frust über den langen Prozess zum Ausdruck bringen wollte*.“

Während die CSU sich zum Vorreiter für die Forderung nach einem **NPD-Verbot** macht, fordert sie gleichzeitig die völlige **Abschaffung des Asylrechts**.

Während selbst führende Industrie-Vertreter für eine moderne, weltoffene Republik eintreten, halten Unionspolitiker wie Merz und Merkel eine „**deutsche Leitkultur**“ hoch.

Ob all diese Widersprüche doch irgendwie zusammengehen, damit beschäftigt sich **Dr. Michael Hillebrandt** im Leitartikel der vorliegenden Ausgabe.

Nicht nur in Berlin, auch in vielen anderen Städten dieser Republik gab es in den vergangenen Wochen große Demonstrationen und Kundgebungen - wir berichten über die Aktionen in **Dortmund** und **Düsseldorf**.

Nicht ganz so viel Leute beteiligten sich an der Recklinghäuser „**Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt**“, die vom 9. - 17. November durchgeführt wurde - sie wurde allerdings auch nicht von der Stadt oder den Ratsparteien unterstützt.

Dass es aber möglich ist, auch gegen den Boykott bürgerlicher Kräfte erfolgreiche Zeichen gegen Rassismus zu setzen, zeigt der am 14.10.2000 in Recklinghausen durchgeführte „**Marsch gegen Rassismus**“. Auf der Abschlusskundgebung hielt **Öznur Sezgin** vom **Internationalen Freundschaftsverein (IFV)** eine wichtige Rede, die wir in dieser Ausgabe dokumentieren.

Wenig wird in diesen Tagen über türkischen Faschismus diskutiert - da kann ein Beitrag über den **Parteitag der MHP** in Ankara nicht schaden, der zuerst in der Zeitschrift 'persenbe' erschienen ist. Wegen einiger Überbelastung kann die Reihe zum Thema „Antifaschismus - Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie?“ erst in der nächsten Ausgabe fortgesetzt werden - wir bitten um Verständnis.

Schier unermüdlich ist **Klaus Dillman** - in dieser Ausgabe erscheint nun schon der vierte Teil seines Beitrags über das **Todeslager Sobibor**.

Auf den **Gelben Seiten** veröffentlichen wir die erste Hälfte einer **Dokumentation** über sämtliche Nazi-Morde der vergangenen Jahre.

Was eigentlich in diese Ausgabe noch reingemusst hätte: Ein Bericht über den Ergebnisse der Experten-Kommission zur Ausstellung „**Verbrechen der Wehrmacht**“ und die Zukunft dieser Ausstellung. Er folgt in der Januar-Ausgabe.

Wenn in dieser Ausgabe möglicherweise wieder das eine oder andere schief gegangen sein sollte, bitten wir schon jetzt um Entschuldigung - vielleicht kommen ja auch mal wieder etwas ruhigere Zeiten (allerdings deutet darauf zur Zeit nicht allzu viel hin).

Was sonst noch drin steht - Ihr findets im Inhaltsverzeichnis.

Wir wünschen all unseren Leserinnen und Lesern alles Gute und neue Kraft für das kommende Jahr.

Für die Redaktion

WT

NPD VOR DEM VERBOT ?

Dr. Michael Hillebrandt

Regierung und Bundesrat haben beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht jeweils eigene Anträge auf ein Verbot der NPD zu stellen.

Nur eine Minderheit der Länder sowie die FDP haben sich gegen einen Verbotsantrag ausgesprochen.

In den vergangenen Wochen wurde zwar nicht intensiv über das Pro und Kontra eines Verbotes diskutiert, dennoch muss die Tatsache, dass es einen breiten Konsens durch die meisten Parteien hindurch für ein Verbot gibt, für AntifaschistInnen ein Anlass sein, über die eigene Arbeit ernsthaft nachzudenken.

Ein Erfolg kämpfender AntifaschistInnen ?

Können wir die Tatsache, dass nun ein Verbot der NPD zumindest möglich erscheint, als Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes organisierter AntifaschistInnen begreifen ?

Oder haben wir, wie es ein DPK-Vertreter bei einer Podiumsdiskussion in Recklinghausen formulierte, ein Verbot, so es denn zustandekommt, zumindest „*miterkämpft*“ ?

Ich denke, Überlegungen, die in diese Richtung zielen, gehen an der Realität vorbei.

Da sind Vermutungen, wie sie von Vertretern der Recklinghäuser „Libertären Initiative“ angestellt werden, schon näher an der Wirklichkeit. Sie sind der Meinung, die ganze 'Kampagne' der Regierung sei nur das vordergründige Blendwerk, hinter dem weiterer Demokratieabbau wie die endgültige Beseitigung des Asylrechts vorbereitet werde.

Ähnlich sei man beim Verbot der FAP vorgegangen, als zeitgleich die weitgehende Einschränkung des Asylrechtes beschlossen wurde.

Zutreffend an diesen Überlegungen ist, dass es Zusammenhänge zwischen der Tätigkeit und Existenz faschistischer Organisationen und der herrschenden Politik von Staat und Regierung gibt.

Ich habe bei der Recklinghäuser Podiumsdiskussion darauf verwiesen, das es vor allem zwei Begründungen für die Verbotsforderung gibt. Zum einen

die Position : Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, wie sie von Teilen der antifaschistischen Bewegung vertreten wird, zum anderen die regierungsoffizielle Begründung für den Verbotantrag, die NPD sei „verfassungsfeindlich“.

Was die augenblickliche 'Verbotskampagne' betrifft, müssen einige Tatsachen vor allem für die 'traditionellen' AntifaschistInnen von DKP und VVN-BdA Anlass zu gründlichem Nachdenken sein:

Es war die CSU, die als erste und die am nachhaltigsten für ein NPD-Verbot eingetreten ist, und es ist der bayrische Verfassungsschutz, der am meisten Material über die NPD gesammelt hat.

Das passt so gar nicht zu der bisher vertretenen Position, gerade die CSU sei quasi eine Schwesterpartei der „rechtsextremen“ NPD.

Auch die Vermutung, die CSU wolle die NPD 'beerben' und solle zur bundesweiten deutschen Variante der österreichischen FPÖ gemacht werden, kann nicht allzu sehr überzeugen - unbestreitbar ist jedoch, dass die CSU wiederum aktuell die Vorreiterrolle einnimmt beim Versuch, das Asylrecht endgültig als Grundrecht zu beseitigen. Nur steht sie mit diesen Überlegungen auch nicht allein da, denn maßgebliche Teile der SPD denken genauso, auch wenn sie zur Zeit taktisch in die Defensive gegangen sind, um ihre scheinbare Vorreiterrolle in der Frage einer 'modernen Einwanderungspolitik' nicht zu verlieren.

Warum gerade jetzt der Verbotsantrag ?

Wesentlicher bei der Untersuchung der Frage, warum gerade in diesem Jahr auf Regierungsebene ein Verbot der NPD gefordert wird, scheint mir die Tatsache, dass dies über 30 Jahre - immerhin wurde die NPD schon 1964 gegründet und ist damit die älteste faschistische Organisation in Deutschland - *nicht* geschah.

Dafür kann es nur zwei mögliche Gründe geben: Entweder hat sich an der Sichtweise der regierenden Politik etwas geändert oder an der NPD.

Schauen wir uns die regierende Politik der vergangenen Jahre an, muss festgestellt werden, dass sich der neoliberale Regierungskurs der rot-grünen Koalition als das von der deutschen Großindustrie eindeutig favorisierte Modell durchgesetzt hat - der Union bleibt nur, das gleiche Modell in einer stärker national-konservativ angestrichenen Variante zu vertreten, um im 'Geschäft' zu bleiben. Das war in diesen Tagen an dem von ihr vorgelegten Entwurf für ein „Einwanderungsgesetz“ deutlich zu sehen: Die CDU war gezwungen, ihre jahrzehnte vertretene Position, Deutschland sei „*kein* Einwanderungsland“, endgültig aufzugeben. Interessant in diesem Zusammenhang, aber für unserer Fragestellung vorläufig zu vernachlässigen, ist die Tatsache, dass die CSU versucht, die alte Position durch die Formulierung, Deutschland sei „*kein klassisches*

Einwanderungsland“, aufrechtzuerhalten. Aber auch sie muss sich dazu durchringen, „begrenzte Zuwanderung“ zu befürworten - weil „unsere Industrie“ Fachleute dringend benötige.

Also - geändert hat sich der Kurs der herrschenden Kräfte insofern, als eine breite Welle fremdenfeindlicher Gewalt zu Zeit für das international expandierende Kapital nicht opportun ist - daher macht der Verbotsantrag gegen die NPD als Projekt der herrschenden Klasse durchaus Sinn.

Hat sich die NPD geändert ?

Das kann man wohl kaum behaupten, mal abgesehen davon, dass sie die Entwicklung der deutschen Interessen im Rahmen der Globalisierung nicht richtig einschätzte und die Thesen Horst Mahlers zu spät für sie kamen.

Richtig eingeschätzt hatte die NPD, dass im Zuge der ökonomischen Entwicklung eine wachsende Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung existiert, die nicht zu den Gewinnern beim 'global play' gehören. Und hiermit meine ich nicht die seit Jahren steigende Zahl von Arbeitslosen, die aus dem Arbeitsleben wegrationalisiert werden - unter ihnen ist die Tendenz, sich faschistischen Positionen anzunähern, vergleichsweise gering. Es sind vor allem die jungen Männer, die - noch - Jobs haben oder keinen Bock auf eine Ausbildung zum Handarbeiter haben, aber gewaltige Ambitionen, am „neuen Markt“ mitzuverdienen, die sich der NPD nähern.

Es sind selbstverständlich die Vertriebenen und die neu hinzugekommenen 'Spätaussiedler' und ihr Nachwuchs, die weiter „großdeutsche“ Träume hegen.

Es sind zu großen Teilen ostdeutsche Jugendliche, die zeigen wollen, dass sie die „besseren“ Deutschen sind, noch nicht 'multikulturell' angekränkt wie die im Westen.

Und es ist der Teil der „freien Kameradschaften“, der sich der NPD angeschlossen und wichtige

Strukturen in ihr übernommen hat, der in traditioneller Nachfolge Strassers sich als 'national-revolutionär' versteht und damit bei den 'alten Herren' der NPD in gutem Einvernehmen sich befindet. All das ist nicht wirklich 'neu' in



Polizei gegen Anti-NPD-Demo, Recklinghausen 1969 Foto: Archiv Scholz

der NPD - und die Tatsache, dass sie damit dreißig Jahre gut leben konnte und von deutschen Gerichten immer bestätigt bekommen hatte, dass sie sich auf dem Boden der 'freiheitlich-demokratischen Grundordnung' befindet, hat sie zu dem Fehlurteil verleitet, dass sie als „Hilfstruppe“, wie weiland Strauß das formulierte, des Kapitals für dieses unersetzbar sei.

Richtig daran ist, dass das Kapital sehr wohl terroristische Elemente benötigt, um seine Politik durchzusetzen, nur nicht notwendigerweise und für alle Ewigkeit in Form einer legalen NPD.

Wenn Ausländerämter, Justizbehörden und Zentrale Asylbehörden die notwendigen Terrormaßnahmen durchführen können, wenn die Arbeiterbewegung so gespalten ist, dass realistischerweise eine revolutionäre Bewegung in politisch orientierter Organisiertheit in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten ist, dann kann man auf die NPD zweifellos verzichten.

Und auch auf eine DVU und auf

REPs, da sollten sich die Herren Parteiführer keinen Illusionen hingeben.

Wenn auf diesem Hintergrund ein Verbot der NPD von uns nach wie vor gefordert und aktiv 'mit'vorangetrieben wird, dann

deshalb, weil ihr Verbot auch die Möglichkeiten antifaschistischer, demokratischer und sozialistischer Politik verbessert.

Wenn der Vertreter von amnesty während der Recklinghäuser Podiumsdiskussion ein Verbot der NPD ablehnt mit der Begründung, dann lande das faschistische Gedankengut bei der CDU und der SPD, hat er damit ungewollt in einer Hinsicht recht, die von mir ausdrücklich begrüßt und nicht befürchtet wird: Ohne die Existenz faschistischer Parteien wird die Tatsache breiteren Teilen der Bevölkerung deutlich, dass es der 'Kapitalismus pur' ist, wie es Hartmut Dreier formulierte, der den alltäglichen Rassismus und die alltägliche Gewalt gegen alle, die dem Profit im Wege stehen, hervorbringt Die Fronten, auch die zu diesem Staat und seinen herrschenden Institutionen und den ihn tragenden politischen Parteien einschließlich CDU und SPD, würden klarer.

Auch dies ein Grund, für ein Verbot der NPD und der anderen faschistischen Organisationen einzutreten.

Dr. Michael Hillebrandt (AFB)



„Erkämpft das Menschenrecht“

WOCHE GEGEN RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND RECHTE GEWALT

Vom 9. - 17. November fand in Recklinghausen zum inzwischen vierten Mal die von antifaschistischen Initiativen und Organisationen durchgeführte Aktionswoche aus Anlass des Jahrestages der Pogromnacht statt. Wie in jedem Jahr wurde als Auftakt eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Mahnmal für die jüdischen Opfer des Faschismus durchgeführt, das sich in unmittelbarer Nähe des Platzes der ehemaligen Synagoge befindet.

Deutlich mehr Menschen als im vergangenen Jahr fanden sich hier ein, Bürgermeister Pantförder betonte in seiner Rede die Verpflichtung der Stadt Recklinghausen dafür einzutreten, dass nie wieder ein Mensch verfolgt und drangsaliert werde, der irgendeiner Minderheit angehört.

Podiumsdiskussion im Ratskeller
Mehr Interessierte als die knapp 20 Leute verdient gehabt hätte die

AktivistInnen der verschiedenen Organisationen unter sich - offensichtlich bestand an diesem Thema in der Recklinghäuser Bevölkerung kein gesteigertes Interesse.

Dabei wurde das Thema auf dem Podium durchaus kontrovers diskutiert.

Sprachen sich Detlev Beyer-Peters (PDS) und Hartmut Dreier, Gemeindepfarrer im Ruhestand aus

Was die Diskussionsteilnehmer einte, war die Sorge, dass eine zunehmende Rechtsentwicklung in diesem Lande in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, deren bedrohlichster Ausdruck die alltägliche fremdenfeindlichen Gewalt und der Rassismus in Staat und Teilen der Bevölkerung ist.

Differenzen wurden deutlich in der Beurteilung des möglichen NPD-Verbots. Sahen DKP und PDS ein Verbot in der Hauptseite als Erfolg, der auch von uns „miterkämpft“ wurde, waren bei anderen durchaus stärkere Bedenken erkennbar. Insbesondere die Vertreter der „Libertären Initiative“ hatten große Bedenken, dass die gesamte 'Verbots-Kampagne' nur der Nebelschleier sei, hinter dem die Abschaffung des Asylrechts und weitere Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte betrieben würden. Auch Gemeindepfarrer i. R. Hartmut Dreier aus Marl wies auf Gefahren wie Verstärkung staatlicher Überwachung und Repression hin.

Die Diskussion konnte in der Kürze eines Abend selbstverständlich nicht alle Fragen vertiefen und Lösungen erarbeiten, war aber dennoch ein Schritt voran in der Zusammenarbeit fortschrittlicher und antifaschistischer Kräfte in Recklinghausen.



spannende Podiumsdiskussion „NPD verbieten - Ja oder Nein?“, die am 14. November im Recklinghäuser Ratskeller stattfand.

Hier waren im Grunde die

Marl, klar für ein Verbot aus, nahmen Rolf Opalka (amnesty international) deutlich und Klaus Pedoth (Initiative „Raus aus der Zuschauerdemokratie“) weniger deutlich die Gegenposition ein.

Informationen zum Bürener Abschiebeknast

Am Donnerstag, 16.11., fand dann im Bert-Brecht-Zentrum ein Informationsabend mit Frank Gockel vom Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehäft in Büren e.V.“ statt.

Gockel berichtete im gut gefüllten Brecht-Zentrum vor meist ausländischen Freunden und Freundinnen ausführlich über die menschenunwürdigen Verhältnisse im Bürener Abschiebeknast, der schon durch seine Sicherungsmaßnahmen eher einem Hochsicherheitsgefängnis als einer 'normalen' Vollzugsanstalt ähnelt. Schon die Tatsache, dass die dort Einsitzenden keineswegs straffällig Gewordene sind, sondern einzig und allein mit der juristischen Begründung inhaftiert sind, es bestehe bei ihnen die Gefahr, dass sie sich „einer möglichen Abschiebung entziehen könnten“, zeigt den inhumanen und rassistischen Charakter dieser Einrichtung.

Viele Einzelheiten wie die von den besonderen Arrestzellen und dem 'besonders gesicherten Haftraum' im Keller des Knastes waren den Besuchern noch unbekannt. Auch die Tatsache, dass Häftlinge hier 'ruhiggestellt' werden, von denen vermutet wird, sie seien „eine Gefahr für sich oder andere“, durch Fesselung an ein Holzgestell, früher sogar mit der als Folter geächteten Methode der „Schaukelfesselung“, war den meisten Besuchern vorher nicht bekannt.

Wie inhuman die Behörden mit Abschiebehäftlingen umgehen, machte ein Beispiel aus der Arbeit des Vereins deutlich, von dem Frank berichtete:

Am 17.3.1999 wurden 16 Flüchtlinge, darunter auch einige, die sich zuvor in der Abschiebehäftanstalt Büren befanden, nach Guinea abgeschoben. Die Behörden in Guinea untersagten ihnen jedoch die Einreise, so dass alle wieder zurück nach Deutschland gebracht werden mussten. Was sie über den

Flug berichteten, war erschreckend. Während des gesamten Fluges wurden sie von Bundesgrenzschutzbeamten an Händen und Füßen gefesselt. Selbst bei den Toilettengängen wurden ihnen die Fesseln nicht abgenommen. Sie mussten sich dabei vom BGS entkleiden lassen. Sie wurden beschimpft und geschlagen.

Zurück in Deutschland wurden die Häftlinge in verschiedene

den Menschenrechtlern vor Ort gemeldet hatten, flogen zwei deutsche Menschenrechtler nach Guinea. Was sie herausfanden, war schockierend: Von den Abgeschobenen waren vier tot, drei inhaftiert und von den anderen fehlt bis heute jede Spur.

Nach diesem und anderen Berichten stand zum Schluss die Frage im Raum, wie es in einem 'demokratischen Land' überhaupt möglich ist, dass derartige



Podiumsdiskussion im Ratskeller

Foto: AFB

Haftanstalten gebracht. Unser Verein versuchte in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, eine erneute Abschiebung zu verhindern. Es wurden Rechtsanwälte eingeschaltet, Strafanzeigen gegen den BGS, Asylfolgeanträge und Haftbeschwerden gestellt. Die Öffentlichkeit erfuhr durch Pressemitteilungen über diese Vorfälle. Auch über Briefe an Politiker und Behörden sowie Mahnwachen vor der JVA wurde versucht, Einfluss zu nehmen. Trotz aller Maßnahmen konnte eine erneute Abschiebung am 30.6.1999 nicht verhindert werden. Menschenrechtler und Reporter, die vorab von uns informiert worden waren, mussten beobachten, wie alle Flüchtlinge am Flughafen in Guinea verhaftet wurden.

Nachdem sich die Flüchtlinge weder bei ihren Freunden noch bei

Zustände, die an das Chile Pinochets erinnern, seit Jahren existieren, ohne dass ein Aufschrei der Empörung durch die Bevölkerung geht.

Weitere Veranstaltungen

Am Mittwoch, dem 15. November, wurde im Albert-Funk-Zentrum der Recklinghäuser DKP der Film „Ich war neunzehn“ in der Regie von Konrad Wolff gezeigt.

Am Freitag, dem 17. November, sollte zum Abschluss der Woche eine Veranstaltung mit demokratischen Liedermachern stattfinden, zu der der ehemalige Sänger der Gruppe Cochise, Pit Budde aus Münster, eingeladen war. Leider zwangen wichtige Termine Pit dazu, sein Kommen kurzfristig abzusagen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Veranstaltung wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt - Versprochen!

Wolfgang Englisch (AFB)

9. NOVEMBER 2000

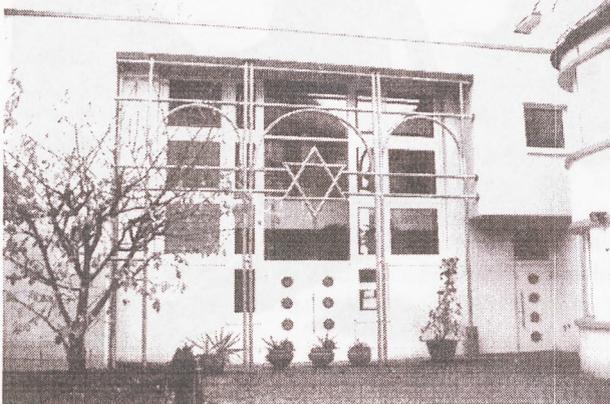
Der Aufstand der Anständigen

- Ein Kommentar von Stephan W. Born -

Am 9. November, dem 62. Jahrestag der Pogromnacht der deutschen Faschisten im Jahr 1938, gingen in mehreren deutschen Städten hunderttausende auf die Straße, um gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt zu demonstrieren.

Allein in Berlin waren es 200 000, und die führenden Politiker dieses Staates, von Schröder über Fischer bis Merkel, waren dabei und „zeigten“ **G e s i c h t**. Allerdings konnte Merkel ihren Ärger nicht verbergen, als der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, seine Kritik an

die einmal im Jahr sich dem Volk als „Antifaschisten“ darstellen wollen, schwingen an den übrigen Tagen den Polizeiknüppel gegen antifaschistische Demonstrationen und betreiben die alltägliche Arbeitsteilung von staatlichem Rassismus und Abschiebeterror - dennoch war es falsch, an diesem Tag fernzubleiben und diesem Staat nicht den Spiegel entgegenzuhalten.



Neue Synagoge in Recklinghausen

Foto: AFB

Die Massen - und an diesem Tag kann man davon tatsächlich sprechen - waren jedenfalls nicht „obrigkeitstreu“, auch wenn die da oben es gerne so gehabt hätten. So fand in Berlin die „Gegendemonstration“ gegen den staatlich verordneten „Wir sind die Anständigen“ - Kurs ebenfalls statt - mitten in der Massendemonstration, zu der auch zahlreiche Antirassismus- und Flüchtlingsorganisationen sowie verschiedene ausländische Organisationen wie DIDF aufgerufen hatten. Sie prägten das Bild der Demonstration mit Forderungen wie denen nach gleichen sozialen und demokratischen Rechten für alle hier Lebenden, nach Abschaffung der Abschiebeknäste und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie Abschaffung der Residenzpflicht. Denn nicht alle Menschen, die an der Demo teilnehmen wollten, durften dies auch: Asylbewerber dürfen ihren Landkreis nicht oder nur mit teuren Ausnahmegenehmigungen verlassen.

der CDU-Kampagne für die „deutsche Leitkultur“ in klare Worte fasste: „Was soll das Gerede? Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten? Überlegen Sie, was Sie sagen und hören Sie auf verbal zu zündeln!“ Alle, von SPD über CDU, PDS, Gewerkschaften und Grüne hatten zu dieser Demonstration aufgerufen - alle, bis auf die aktiven Antifa-Gruppen Berlins. Die hatten fünf Tage zuvor, am 4.11. all die anderen aufgefordert, mitzuhelfen, um die bis dahin größte Nazi-Demonstration in Berlin zu verhindern - da waren allerdings die anderen alle zu Hause geblieben und die Antifas unter sich (abgesehen von ein paar Tausend Polizisten und über 1000 Neonazis). Die Berliner AntifaschistInnen - zumindest diejenigen aus der „Antifaschistischen Initiative Moabit“ - demonstrierten wie jedes Jahr in Moabit im Gedenken an die Pogromnacht. Man wird zwar Verständnis aufbringen dafür, dass Berlins organisierte AntifaschistInnen der „Staatsdemo“ fernblieben - denn die gleichen Leute,

Es waren vor allem die ausländischen Organisationen, die deutlich machten, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen unten und oben verlaufen.

Dass dieser Staat und die ihn repräsentierenden politischen Kräfte selbstverständlich keine Politik entwickeln werden, die die Ursachen der faschistischen Gewalt beseitigen wird, liegt auf der Hand, denn das Kapital benötigt einen herrschenden Apparat, der jederzeit gegen Linke und konsequente Antifaschisten einsetzbar ist. Und auf die deutsche Polizei kann es sich dabei auf jeden Fall verlassen.

Doch die Massendemonstrationen bieten auch die Chance, dass mehr Menschen als bisher gegen staatlichen Rassismus und Neofaschisten aktiv werden - es liegt auch an uns, ob wir diese Chance nutzen.

Stephan W. Born (AFB)

POLIZEI JAGT ANTIFASCHISTINNEN

Dortmund stellt sich quer

In Dortmund hat ein Großaufgebot der Polizei am 21.10. erstmals seit Jahrzehnten einen Naziaufmarsch möglich gemacht. Während Zigtausende an diesem Tag ihrer Empörung über den Naziterror Ausdruck verliehen, konnte ein Trupp von 500-600 Nazis störungsfrei die Straßen eines ganzen Stadtviertels für sich in Anspruch nehmen. Das hat eine heftige Welle der Kritik an der Polizei in Dortmund ausgelöst.

Dortmunds „Aufstand der Anständigen“

Die Wörter „Gast“ und „hostis“ (lateinisch für „Feind“, „Fremder“) sind von der Sprachwurzel her miteinander verwandt. Während den einen der aus der Fremde kommende Gast heilig war, drückte sich bei den anderen die Furcht vor dem Fremden aus. In dieser Spannungsbreite bewegt sich menschliches Zusammenleben und findet allmähliches Aufeinanderzukommen in der Einen Welt statt. Wer daraus generell „Fremde sind Freunde“ macht, verkleistert den Widerspruch und tut so, als ob er nicht existiere. Er macht aus den Fremden generell Gäste und unterdrückt damit die Ehrlichkeit, die für ein Aufeinanderzugehen notwendig ist. Wenn ich den Fremden als meinen Freund bezeichne, darf ich ihn z.B. nicht einfach abschieben. Denn dann gehen Worte und Taten auseinander. Heuchelei aber schadet dem Zusammenleben und Zusammenwachsen der Menschen.

Unter dem Motto „Fremde sind Freunde“ hatten in Dortmund schon seit längerem riesengroße Plakate in den Farben gelb-schwarz geprangt und damit an den **BVB Borussia Dortmund** erinnert, dessen Geschäftsführer **Nieswandt** die Idee zu diesem Slogan hatte.

Unter dem Motto „Fremde sind Freunde“ lud der seit einem Jahr amtierende, erste direkt von der Bevölkerung gewählte Dortmunder Oberbürgermeister, **Dr. Gerhard Langemeyer**

(SPD), ohne vorherige Kontaktaufnahme mit den Sprechern des auch von Vertretern der SPD unterstützten Bündnisses „Dortmund gegen Rechts“ zu Samstag, dem 21.10., um 11 Uhr auf den Hansaplatz - durch Postwurfsendungen, die an alle Dortmunder Haushalte gingen und in denen es hieß:

„In unserer Stadt leben 78.000 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger aus insgesamt 160 Nationen. Sie machen Dortmund zu einer lebenswerten und internationalen Metropole. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß unsere Stadt am 21. Oktober zum Aufmarschgebiet der Rechtsextremen wird. Der Rat der Stadt Dortmund hat entschieden, an diesem Tag auf dem Hansaplatz eine Großkundgebung nach dem Motto 'Fremde sind Freunde' zu veranstalten. Ich rufe Sie auf, diesen 'Aufstand der Anständigen' durch Ihre Teilnahme zu unterstützen. Handeln ist wichtiger als Reden: Zeigen wir gemeinsam Flagge im Bemühen um Weltoffenheit und Toleranz.“

Goldene Worte, könnte man meinen. Was ist da so plötzlich in den Rat der Stadt gefahren, der seit den letzten Kommunalwahlen CDU-dominiert ist? Hat sich da eine ganz große Koalition gegen Rassisten und Faschisten zusammengefunden?

Jedenfalls, sie kamen in Scharen, die anständigen Dortmunder. Laut Lokalpresse waren es zwischen 10.000 und

20.000, die auf dem Hansaplatz durch Reden und Kulturveranstaltungen mit bunten Luftballons, Würstchen und Bier festgehalten wurden und möglichst den Beginn einer anderen Veranstaltung gar nicht mitkriegen sollten.

Unerwünschte Aufmärsche

Ab 14 Uhr war ein von dem Anmelder von braunen Umzügen überall in der Republik, **Christian Worch**, angemeldeter Naziaufmarsch vorgesehen, nur wenige hundert Meter weiter südlich, um das Südbad herum.

Während auf dem Hansaplatz NRW-Ministerpräsident **Wolfgang Clement** markige Worte fand und sich sogar für das NPD-Verbot aussprach, sorgten über 3000 Polizeibeamte aus ganz NRW dafür, daß die Nazis ungestört marschieren konnten. Zweimal hatte der Dortmunder Polizeipräsident **Hans Schulz** den Naziaufmarsch verboten, beim erstenmal war er mit der Befürchtung, daß es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen werde, da der Naziaufmarsch von der Mehrheit der Dortmunder nicht gebilligt werde, am **Verwaltungsgericht Gelsenkirchen** gescheitert, hatte dann aber dort Recht bekommen, als er geltend machte, daß die von den Nazis vorgesehenen Kundgebungsredner überwiegend der verbotenen FAP angehört hatten und teilweise den von einem nazistischen Amokläufer

verübten Mord an 3 Polizeibeamten Mitte dieses Jahres in Dortmund und Waltrop offen gutgeheißen hatten. Das **Oberverwaltungsgericht Münster** jedoch setzte das polizeiliche Verbot in der Nacht von Freitag auf Samstag außer Kraft. In der Dortmunder Lokalpresse, etwa der Westfälischen Rundschau, prangte jedoch Samstag früh den Lesern in Balkenüberschrift die Mitteilung vor Augen, der Naziaufmarsch sei verboten. Nur wer den Artikel genauer las, konnte zwischen den Zeilen herausdeuten, daß das Verbot nicht endgültig war.

Schon lange zuvor war von der Polizei damit begonnen worden, die südliche Innenstadt hermetisch abzuschließen. Insbesondere der Parkplatz am Südbad, wo die Nazikundgebung stattfinden sollte, war von parkenden Autos



DGB-Transparent am Hansaplatz

freigemacht und von Polizeifahrzeugen abgesichert worden. Das polizeiliche Operationsgebiet erstreckte sich bis auf hundert Meter an den Hansaplatz heran - der Friedensplatz vor dem Rathaus war fest in den Händen der Polizei.

Wer von Dortmund-Hörde gegen Mittag mit dem Auto in

die Stadtmitte wollte, kam über die als Reinigungs- und Straßensanierungsarbeiten getarnten Begrenzungen an der Autobahn B1 nicht hinaus und wurde damit bereits etwa 1,5 km vom Demonstrationsbereich der Nazis entfernt an der Weiterfahrt gehindert. Auch die Bewohner des polizeilich abgeriegelten Stadtteils waren stundenlang in ihrer Bewegungsfreiheit behindert und kamen nur, wenn sie sich als dort wohnhaft ausweisen konnten, durch die Polizeisperren.

Die rund 600 Nazis konnten so zwar mitten durch ein Wohngebiet marschieren, aber dieses war fast menschenleer, da - von den offiziell zugelassenen Medienvertretern abgesehen - jeder, der sich auch nur in deren Nähe aufhalten wollte, etwa um Fotos zu machen, von der Polizei von vornherein als Störer behandelt wurde. Man kann mithin feststellen, daß, grob gerechnet, für jeden der Nazimarschierer 5 Polizisten als Schutz eingesetzt waren. Ein teurer Spaß. Der Einsatz soll über 1 Million Mark gekostet haben.

Hautnaher Unterricht

In vielen Schulen Dortmunds, die teilweise nach Opfern der und Widerstandskämpfern gegen die Naziherrschaft benannt sind - wie **Anne-Frank-Gymnasium, Geschwister-Scholl-Schulzentrum** -, war im Unterricht breit auf das Thema eingegangen worden, zahlreiche Schülerinnen und Schüler waren hochmotiviert, Zivilcourage zu zeigen und den Nazis entschlossen entgegenzutreten. Die Redner vom DGB-Kreisvorsitzenden **Eberhard Weber** bis hin zum den Grauen Wölfen nahestehenden Vorsitzenden des Ausländerbeirats, **Yusuf Güclü**, und die darbietenden Künstler auf dem Hansaplatz vermochten es nicht, die

Mehrheit der Jugendlichen dort festzuhalten. Die Kundgebung dort mußte ihnen, nachdem sie gewahrt worden waren, daß der Naziaufmarsch Realität wurde, wie ein Affentheater vorkommen. Je länger diese dauerte, desto mehr fühlten sie sich dort verarscht. Viele von ihnen nahmen den Oberbürgermeister so wörtlich, wie er nicht verstanden werden wollte. Sie wollten verhindern, daß „Dortmund zum Aufmarschgebiet der Rechtsextremen wird“. Nach der Devise: „Handeln ist wichtiger als Reden“ hörten sie sich die Reden ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr an, sondern wollten „gemeinsam Flagge zeigen“, „im Bemühen um Weltoffenheit und Toleranz“.

Sie wollten zeigen, wo ihre Toleranz ihre Grenze hat, sie wollten der rechten Szene entgegentreten, von der es noch einen Monat zuvor in der Lokalpresse geheißen hatte, sie sei „jung, gewaltbereit, bundesweit vernetzt und mit internationalen Kontakten“, einer Szene, die angetreten ist, um unter denen, die Dortmund „zu einer liebenswerten und internationalen Metropole machen“, Angst und Schrecken zu verbreiten. Sie wollten sich das Gelabere über die von ihnen geforderte Zivilcourage gegenüber den Rechtsextremen nicht länger anhören, sie wollten Zivilcourage beweisen. Das aber ging schief. Dank der NRW-Polizei, die ihnen handgreiflich ein Stück Staatsbürgerkunde mit dem Knüppel beibrachte. Ihnen war sozusagen praxisnaher Projektunterricht über den Charakter dieser Republik erteilt worden.

Es hat auch einige ältere Kollegen gegeben, die sich daran erinnern haben, wie der DGB in den 70er Jahren Versuche von NPD-Demonstrationen aufgelöst hat. So bauten beispielsweise die

Kollegen der IG Medien um 13.00 Uhr ihren Stand auf dem Hansaplatz ab, um sich denen anzuschließen, die sich den Nazis in den Weg stellen wollten. In die Polizeikessel liefen diese „alten Hasen“ allerdings nicht, da fanden sich, von Ausnahmen abgesehen, nur Jugendliche und sogar 13- und 14jährige Kinder wieder, die mit den Plastikfesseln Bekanntschaft machen durften und mit der Tatsache fertig werden mußten, daß sie stundenlang nicht einmal ihre Notdurft verrichten konnten. In einem Schreiben an den Polizeipräsidenten stellte ich später u.a. die Frage:

„Der Polizeieinsatz hat sich nicht auf das Gelände unmittelbar um den Ort der von Worch angemeldeten Demonstration beschränkt. So wurde z.B. an die vor dem DGB-Haus am Ostwall Sitzenden die Aufforderung gerichtet, sie hätten 'Platzverweis in südlicher Richtung' und sollten sich in kleinen Gruppen in nördlicher Richtung absetzen. Dem wurde durch entsprechendes Vorrücken der Polizei Nachdruck verliehen. Einkesselungsversuche der Polizei hat es auch im Bereich Olpke/Viktoriastraße gegeben, wo sich insbesondere etliche Angehörige der türkisch/kurdischen Organisationen DIDF und DIDF Genclik aufhielten, die in aller Regel nicht zu denen gehören, die mit Steinen auf Polizisten werfen. ... Wie begründen Sie diese Manöver?“

Die Antwort (mit Datum vom 10.11.) lautete lapidar:

„Alle polizeilichen Maßnahmen erfolgten aus gefahrenabwehrenden Gründen.“

Weil einige der Schülerinnen und Schüler ein Handy bei sich hatten, fanden sich am Abend des 21.10. zahlreiche Eltern vor dem Präsidium ein, um ihre Kinder dort abzuholen. Die

Polizei zeigte ihnen taube Ohren. Sie fühlten sich vielfach von der Polizei geradezu wie lästige Fliegen behandelt. Offenbar stellten auch sie, wie ihre gefangengenommenen Söhne und Töchter, in den Augen der Polizei eine Gefahr dar.

Einige Eltern werden den Gang vor Gericht riskieren. Wenn man bisherige Erfahrungen mit vor Gericht gebrachten Beschwerden über die Polizei statistisch betrachtet, könnte dieser Kontakt mit der Justiz ebenfalls ein Lehrstück für sie werden...

Leserecho in den Medien

Der unter Leitung des Leitenden Polizeidirektors **W. Ramacher** stehende Polizeieinsatz löste weit über den Personenkreis der unmittelbar Betroffenen hinaus Empörung in der Öffentlichkeit aus.

Es gab eine wahre Leserbriefflut in den lokalen Medien, in der sich die Leser ihre Empörung über das Vorgehen der Polizei von der Seele schrieben. Zitiert sei hier, stellvertretend für fast alle, aus einem Leserbrief des Pfarrers der Schalomgemeinde Scharnhorst, **Hanno May**, an die Westfälische Rundschau:

„Wer am 21.10. in der Innenstadt war, um gegen den Naziaufmarsch zu demonstrieren, konnte meinen, wir lebten in einem Polizeistaat. Statt Deeskalation polizeiliche Provokation. Unzählige Polizeibullis, verummte Polizisten mit Helmen, schußsicheren Westen und Schlagstöcken, ein ständig über den Menschen rotierender Hubschrauber, Wasserwerfer - gerichtet auf die, die sich den Nazis in den Weg stellten. Hundertschaften kesseln immer wieder die bis auf wenige Ausnahmen friedlichen, meist jugendlichen Demonstranten ein. 'Keine Gewalt!' rufen die Einkesselten immer wieder. 400 Demonstranten werden in Gewahrsam genommen, bis zu

7 Stunden festgehalten. Eltern, die ihre Kinder abends am Polizeipräsidium abholen, beklagen das Vorgehen der Polizei. Wie auch viele der Demonstranten, die kein Verständnis dafür aufbringen können, daß die Rohre der Wasserwerfer auf sie gerichtet sind. Und während des ganzen Tages immer wieder, egal in welche Richtung sie sich wenden, von der Polizei attackiert werden - viele berichten von polizeilichen Übergriffen. Erfreulich bei alledem: Tausende setzten ein deutliches Zeichen gegen Rechts. Und ließen sich nicht von der Stadt Dortmund, die in einem Anfall von Geschmacksverirrung den peinlich-dummen Schröder-Spruch vom 'Aufstand der Anständigen' auch noch zum Motto erhob, mit Bierständen und Freßbuden auf dem Hansaplatz festnageln.“

Gerechterweise muß man anmerken, daß die Justiz, die sozusagen als Schreibtischtäter die Auseinandersetzung heraufbeschworen hat, kaum in den Blick kam.

Am Mittwoch nach dem polizeilichen Großaufgebot hatte Dortmunds Polizeipräsident zwar eingeräumt, daß seiner Polizei auch Fehler unterlaufen sein mögen, die es zu untersuchen gelte, wer aber an einer Demonstration teilnehme, aus der heraus Flaschen und Steine auf Polizisten geworfen würden, mache sich ebenfalls strafbar, wenn er sich daraus nicht entferne. Und die polizeilichen Maßnahmen zur Massenfestnahme seien nach dem NRW-Polizeigesetz völlig zulässig. Danach hätte die Polizei Leute, die keinen Personalausweis bei sich hatten, sogar bis Mitternacht des Folgetages in Gewahrsam halten können. Die Hauptschuld dafür, daß die Nazis in Dortmund marschieren konnten, wies er der Justiz zu

und kritisierte in der Fernsehsendung „Lokalzeit im Revier“ die Rechtslastigkeit der von den Nazis angerufenen Instanz.

Die Polizei, von dieser dazu verdonnert, den Naziaufmarsch zu schützen, stand somit von vornherein zwischen den Fronten. **Ulrich Sander**, NRW-Vorsitzender von VVN/BdA, deren Transparente ihren Trägern von Polizisten teilweise entrissen wurden, hat ihr das zu gute gehalten.

offensichtlich aggressive Verhalten linker autonomer Gruppen: So kam es an der Ruhrallee und Kronprinzenstraße zu massiven Steinwürfen auf Polizeibeamte. Des weiteren versuchten ca. 400 Autonome die Trennlinie der Polizei auf der Ruhrallee zu durchbrechen, um zum Sammelplatz der Rechten am Südbad zu gelangen.

Es gelang der Polizei, dieses Vorhaben zu unterbinden.“

In der Pressemeldung Nr. 4 -

Die Polizei nahm bisher 4 Männer (2 Linke, 2 Rechte) vorläufig fest und 9 Männer (Linke) und 1 Frau (Rechte) in Gewahrsam.

Bisher wurden 3 Polizeibeamte verletzt.“

Anzumerken wäre hier, daß Reisekader wie Worch selbstverständlich aus der Staatskasse über die Wahlkampfkostenerstattung der NPD, DVU oder REP ihre Reisen bezahlt bekommen. Wahrscheinlich trifft dies auch für den Großteil der zum Aufmarsch der Nazis angereisten Schläger zu.

Zu dem Polizeikessel am Heiligen Weg, von dem ein Foto in zahlreichen Zeitungen in ganz Deutschland erschien, heißt es in der Pressemeldung Nr. 5 - Stand: 16.30 Uhr -:

„Gegen 15.30 Uhr wurde im Bereich Kronprinzenstraße/Heiliger Weg eine größere Störergruppe der Linken, die begleitende Polizeikräfte mit Flaschen beworfen und mit Leuchtmittel beschossen hatte, durch starke Polizeikräfte eingeschlossen. Diese Personengruppe von ca. 100 Personen wird derzeit der Gefangenensammelstelle (im Präsidium an der Markgrafenstraße)* zugeführt.“

Der Aufzug der Rechten wurde um 16.03 Uhr mit einer (etwa 10 Minuten dauernden)* Abschlusserklärung vor ca. 200 verbliebenen Rechten vor dem S-Bahnhof Südbad durch den Leiter als beendet erklärt.

Die Polizei begleitete die r e c h t e n Versammlungsteilnehmer in den S-Bahnhof und überwachte deren Abfahrt gegen 16.12 Uhr. Vor dem S-Bahnhof befanden sich zu diesem Zeitpunkt immer noch ca. 1.500 linke Demonstranten, darunter ein Block von ca. 600 Autonomen, die den Abzug der Rechten unter lauten Beifallsbekundungen begleiteten.

Über die oben gemeldeten ca.



Demonstration „Wir stellen uns quer“

Foto: AFB

Die Glaubwürdigkeit des Polizeiberichts

Die Polizei stützte ihre Maßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit ab, indem sie, über den Tag verteilt, Pressemeldungen herausgab. In der Pressemeldung Nr. 3 - Stand: 13.30 Uhr - heißt es beispielsweise:

„Im erweiterten Stadtgebiet wurden, beginnend ab 12.20 Uhr, die ersten Rechten gesehen. Alle erkannten Kleingruppierungen stehen unter polizeilicher Beobachtung. Auf dem Sammelplatz der Rechten, dem Parkplatz Südbad, befinden sich zur Zeit ca. 300 Rechte. Deren Aufzug soll um 14.00 Uhr beginnen. Mehr Probleme bereitet der Polizei gegenwärtig das

Stand: 14.30 Uhr - hieß es:

„Gegen 13.45 Uhr traf der Anmelder der Rechten-Demonstration, Herr Worch, am Parkplatz Südbad ein und wurde dort sofort von Medienvertretern heftig umringt. Mit seinem Einverständnis wurde die Marschstrecke verkürzend abgeändert. Die Rechten begannen mit ca. 600 Teilnehmern ihren Aufzug um 14.30 Uhr unter Begleitung starker Polizeikräfte und zahlreicher Medienvertreter.“

Die Linken haben sich in der südlichen Innenstadt, entlang der Marschstrecke der Rechten, in einer Stärke von ca. 2.500 Personen versammelt und warten das Erscheinen des rechten Aufzuges ab. Die Polizei hat hier alle Vorkehrungen getroffen, um Zusammenstöße zu verhindern.

100 festgenommenen Personen hinaus ist die Anzahl der sonstigen Festnahmen über den gesamten Einsatz hinweg bei den bereits 4 gemeldeten Personen geblieben. Die Ingewahrsamnahmen haben sich auf 17 Personen (16 Männer, 1 Frau) erhöht.“

Zu dieser Pressemeldung gab es später eine kurze „Korrektur der Pressemeldung Nr. 5“, der zufolge „die Anzahl der in der Pressemeldung Nr. 5 gemeldeten 100 eingeschlossenen Personen ... auf 250 Personen korrigiert“ wurde.

In einer Pressemeldung Nr. 6 - Stand: 18.45 Uhr - wird von einem „Zwischenfall ... gegen ca. 17.00 Uhr am Katharinentor vor dem Hauptbahnhof Dortmund“ berichtet, „als 5 bis 10 rechte Demonstrationsteilnehmer ... von einer Gruppe von ca. 100 linken Demonstrationsteilnehmern entdeckt“ worden seien, „nach verbalen wechselseitigen Auseinandersetzungen ging der Streit handgreiflich weiter. Hierbei wurden ein Polizeibeamter und ein Bürger verletzt. Darüber hinaus gingen durch Flaschenwürfe die Scheiben eines Dienstfahrzeuges zu Bruch. Die hinzugerufenen Polizeikräfte ... nahmen 2 Tatverdächtige, einen Mann, Linker, eine Frau, Rechte, fest.“

Wenn hier von Stein- und Flaschenwürfen die Rede ist, klingt das gefährlicher, als es war. Sonst hätte nach Abzug von Demonstrierenden und Polizei an den erwähnten Stellen die Straße voller Steine und Scherben liegen müssen. Plastikflaschen gab es allerdings etliche, auch einige geplatze Farbbeutel.

Im übrigen wäre die Polizei mit ihrer Zersplitterungstaktik daran nicht schuldlos, da sie unter den Demonstrierenden Streß erzeugte und es den von den Organisatoren der

Demonstration gestellten Ordnern nahezu unmöglich machte, die Demonstrationen ablaufen zu lassen. Bei sich daraus beinahe zwangsläufig ergebenden Handgreiflichkeiten werden solche Risiken in Kauf genommen. Vor dem Hauptbahnhof - nach offiziellem Abschluß der Demonstrationen und bei der aufgebrachten Stimmung der Abmarschierenden - mögen sich Wut und Enttäuschung Luft gemacht haben.

Dem Bericht über den Einschluß am Heiligen Weg sei der Bericht einer Eingeschlossenen (Mutter von 2 Kleinkindern) gegenübergestellt: „Auf der Gegendemonstration ging es mittlerweile weniger 'einfach' voran. Nachdem man/frau sich am Dortmunder Hauptbahnhof gegen 11.30 Uhr mit ca. 3.000 meist Gleichgesinnten getroffen hatte, ging es los in Richtung Innenstadt, wo die Demonstranten noch einen kurzen Abstecher auf die parallel laufende Kundgebung einer Dortmunder Initiative gegen Fremdenhaß, auf der u. a. das Wort an den Ministerpräsidenten von NRW, Wolfgang Clement (nicht Kahlgeshorenen), weitergegeben wurde. Ca. 3.000 Polizisten, Wasserwerfer und einige Hubschrauber wurden extra für diesen 1 Million DM kostenden Einsatz nach Dortmund delegiert, um die Faschos vor den Gegendemonstranten zu schützen. Es gelang den Beamten, die Demonstration in mehrere Teile zu zersplittern, gratis dazu gab es dann noch ein paar Prügeleinheiten für die 'Scheißlinken', wegen denen hab ich diese Woche schon wieder keinen freien Tag', so ein BGS-Beamter, als die Demonstranten versuchten, zu dem Platz zu gelangen, an dem die Faschos sich um 14.00 Uhr treffen wollten. Viele

Demonstranten wurden eingekesselt und festgehalten, gegen 13.00 Uhr wurde erneut eine ca. 800 Frauen und Männer starke Gruppe in zwei Teile gespittert und 400 Demonstranten, unter denen auch ich war, eingekesselt. Erst nach 3 Stunden hielten die angervornen Beamten es für nötig, uns mitzuteilen, daß unter uns gewalttätig gewordene Autonome seien, und deshalb sollten wir uns jetzt alle freiwillig festnehmen lassen, ansonsten würde es blaue Flecken geben. Wir blieben natürlich sitzen. Nach zwei weiteren Versuchen, die jeweils 1 Stunde 'Bedenkzeit' nach sich zogen, und nachdem wir wiederum sitzen geblieben waren, fing die Polizisten an, teils gewalttätig, uns festzunehmen. Wir wurden durchsucht, mit Plastikhandschellen gefesselt und in 6 Bussen zur Sammelstelle gefahren. Es war mittlerweile 19.00 Uhr. Nach einer erneuten Durchsuchung und Personalienaufnahme wurden die festgehaltenen Demonstranten, unter ihnen 13- und 14jährige, denen jegliche Anrufe verweigert wurden, gegen 22.00 Uhr freigelassen. Wie ich am nächsten Tag in der bürgerlichen Presse las, haben die Rechten vor den Augen ihres 'grünen Publikums' eine menschenverachtende, sexistische und menschenrechtsverletzende Show abgezogen. Insgesamt 400 Demonstranten wurden festgenommen, darunter 6 Faschos - das zeigt mal wieder deutlich, auf welcher Seite der Staat wirklich steht!“

Später mußte die Polizei zu den insgesamt 411 festgenommenen Personen erklären, daß es ihr nicht gelungen sei, der Steinwerfer habhaft zu werden, sie vielmehr fast ausschließlich Schülerinnen und Schüler festgenommen hatte, die häufig zum erstenmal in ihrem Leben überhaupt an einer Demonstration

teilgenommen hatten. Beim Abfahren der Strecke Heiliger Weg/Kronprinzenallee erschien es mir sehr unwahrscheinlich, daß dort Steine geworfen worden sein sollen. Weit und breit gab es keine losen Steine. Nach

und der nun verstärkte Zug konnte wieder bis zur Absperrung vordringen. Polizeibeamte forderten die Demonstranten auf, den direkten Bereich vor der Absperrung zu verlassen. Viele Teilnehmer der Demo haben

Demonstrierenden untergetaucht. Der Vorgang habe auf ihn den Eindruck eines planmäßigen Vorgehens gemacht. Die Frage, ob es sich tatsächlich um Autonome oder um eine Gruppe bewußter Provokateure gehandelt hat, die in der Absicht gehandelt haben könnten, die ganze Demonstration zu kriminalisieren, wußte er nicht zu beantworten. Auch die Frage, wie weit der Vorgang von anderen Demonstrierenden zur Kenntnis genommen werden konnte, die nicht so einen guten Beobachtungsposten hatten wie er, ließ er unbeantwortet. Im übrigen sei daran, daß der Naziaufmarsch überhaupt stattfinden konnte, was er ebenfalls nicht gutheißen könne, nicht die Polizei schuld, sondern die Justiz. Sollte die Schilderung von Herrn Semler zutreffen, wären drei Fragen zu stellen: Wem nützt es? Wer hat die Möglichkeiten dazu? Wem ist es zuzutrauen? Die Antworten darauf möge sich jede(r) Leser(in) selbst geben.



SPD zeigt Flagge

Foto: AFB

zahlreichen Leserbriefen, in denen die Polizei heftig kritisiert worden war, erschien in der Westfälischen Rundschau am 04.11., sozusagen als krönender Abschluß der Serie, ein Leserbrief, in dem es hieß: „Gegen 13.15 Uhr war ich an der Polizeisperre am Heiligen Weg und habe die Entwicklung des Konflikts dort gut beobachten können. Ein größerer Zug von Autonomen und anderen Demonstranten kam den Heiligen Weg herauf. An der Spitze des Zuges war ein verummter junger Mann, der die Absperrung auseinanderziehen wollte. Nachdem das mißlang, lief er zur Seite. Im gleichen Moment wurden Steine und Flaschen in Richtung Polizei geworfen. Danach stieg eine Gruppe Polizeibeamte durch die Absperrung und drückte ohne Gewaltanwendung die Demo zurück. Als weitere Demonstranten aus der Richtung Neutor kamen, wurden die Polizeibeamten überrannt,

sich in Nebenstraßen zurückgezogen. Der Rest des Zuges wurde durch stärkeren Polizeieinsatz eingekesselt. ...“ Für einige Kollegen der IG Medien, die ich darauf ansprach, sah dieser Leserbrief wie ein nachgeschobener Gefälligkeitsbrief zugunsten der Polizei aus, um das erheblich ramponierte Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit wieder etwas aufzubessern. Der Verfasser, **Herbert Semler**, erklärte mir in einem Telefongespräch, die Steine (5 cm Durchmesser) seien offenbar von den Werfern mitgeführt worden. Ein Spudok-Team sei dort nicht im Einsatz gewesen. Auf meine Bemerkung, es sei doch merkwürdig, daß die Polizei die Täter nicht sofort festgenommen, sondern gewaltfrei weggedrängt habe, wo sie sich andernorts doch ganz anders verhalten habe, erklärte er, die Täter hätten aus der zweiten Reihe geworfen und seien sofort in der Masse der

Fehlende Einheit unter den Antifaschisten

Zum Schluß noch ein paar Worte in eigener Sache, der Sache der Antifaschisten: Das Szenario, nach dem die Ereignisse in Dortmund abliefen, ist im wesentlichen bekannt. Es ist so oft geschehen, daß es jedem Antifaschisten und jeder Antifaschistin geläufig ist: Die Nazis melden ihren Aufmarsch an, die Antifaschisten ihren Protestmarsch, der den Nazis den Weg verstellen soll. Der Polizeipräsident verbietet beides. Der Oberbürgermeister meldet eine Großveranstaltung auf einem freien Platz an, um den antifaschistischen Protest dorthin zu kanalisieren. Der Naziaufmarsch wird in den Medien als verboten hingestellt. Die große Mehrheit der

Bevölkerung nimmt das erleichtert zur Kenntnis, und viele, die sonst kämen, bleiben zu Hause. In letzter Minute wird der Naziaufmarsch erlaubt. Die Polizei schützt ihn. Die Antifaschisten versuchen, diesen Schutz zu durchbrechen. Da die Auseinandersetzung eine Größenordnung erreicht, die von der örtlichen Polizei allein nicht zu bewältigen ist, muß Polizei von auswärts angefordert werden. Es sind Beamte, die die Verhältnisse und Menschen vor Ort nicht kennen. Zudem reagieren die Polizisten, denen so das Wochenende kaputtgemacht wird, gereizt und lassen ihre Wut an den Störern aus. Für sie sind die Antifaschisten die Störer. Wenn diese nun geduldig bleiben und immer noch keine Steine werfen, was in ihrer Situation psychologisch nur zu verständlich, aber politisch dumm wäre, treten plötzlich vermummte Steinwerfer in schwarzer Kluft auf. Das ist medienwirksam und läßt die anschließenden Massenfestnahmen durch die Polizei plausibel erscheinen. Die Nachsorge übernimmt dann wieder die Justiz, indem sie einige der Festgenommenen als Gewalttäter verurteilt. Die Nazis können sich dieweil mal wieder ins Fäustchen lachen, denn keiner ist aus seinem v o r g e g e b e n e n V e r h a l t e n s s c h e m a ausgebrochen. Das ganze nennt man dann Rechtsstaat. Dortmund hat sich in dieses immer wieder so oder ähnlich vor sich gehende Ablaufschema würdig eingefügt, wenngleich hier dank des medienwirksam gewordenen demokratischen Protests die Polizei nunmehr einiges tun muß, um ihr angekratztes Image wieder aufzupolieren.

Es ist dringend an der Zeit, nach neuen Wegen zu suchen, dazu bedarf es des Erfahrungsaustauschs und der Kooperation. Niemand und

keine Gruppe oder Partei kann hier für sich einen Führungsanspruch geltend machen. Wir müssen unsere Fremdheit untereinander überwinden, um Freunde werden zu können.

Nicht geduldet werden darf z.B., daß eine große Gruppe von schwarzgekleideten „Antifaschisten“ auf den Ruf hin: „*Da sind Faschos!*“ wie wild auf eine kleine Gruppe von Menschen losrennt, um diese zusammenzudreschen, wie dies gegen 13.30 Uhr auf der Kleppingstraße vor dem Mövenpick zu beobachten war. Unabhängig davon, ob es sich bei den so Mißhandelten tatsächlich um Leute handelt haben mag, die an dem Naziaufmarsch teilnehmen wollten, demonstrierten die auf sie Eindreschenden, die vielleicht auch zu denen gehört haben, die vor dem Hauptbahnhof skandiert hatten: „*Auch wenn Sie's nicht vermuten, wir sind die Guten!*“ mit einem solchen Verhalten deutlich, daß sie um keinen Deut besser sind als ihre Gegner. Wer sich so verhält, läßt das Argument des Polizeipräsidenten, die Maßnahmen der Polizei hätten dazu gedient, Gefahren abzuwehren, plausibel erscheinen. Ein äthiopischer Freund von mir, der das beobachtet hatte, war davon angewidert.

Unter den Demonstrierenden muß immer wieder auch Klarheit darüber geschaffen werden, was Faschismus für die Gesellschaft bedeutet und wie er in ihr entsteht. Vom Lautsprecherwagen des Bündnisses „Wir stellen uns quer“ ist das wiederholt recht gut gemacht worden, leider war es, später auch wegen des d r ö h n e n d e n Hubschraubergeräuschs, nur wenigen hörbar.

In Dortmund haben sich seit Beginn des Jahres die Nazis um ihren Führer **Siegfried**

Borchardt wieder verstärkt bemerkbar gemacht. Sie hatten sich eine Stammkneipe erkoren, von der aus sie auszogen, um „Ausländer zu klatschen“, wie sie es nennen, sie machten durch gehäuftes bedrohliches Auftreten bestimmte Orte kurzzeitig zu „national befreiten Zonen“. Dies war der Antifa Nord schon länger aufgefallen; der schließlich auf die Stammkneipe erfolgende polizeiliche Zugriff war weitgehend ein Schlag ins Wasser, da die Nazis bereits rechtzeitig gewarnt waren. Allerdings sind sie seither auf der Suche nach einem neuen Zentrum.

Gegen derartige Umtriebe hatte sich zunächst auf Betreiben der Nordstadt-Grünen eine Initiative „Nordstadt gegen Rechts“ gebildet, aus der das Bündnis „**Dortmund gegen Rechts**“ hervorgegangen ist. Es handelt sich um ein breites Bündnis, dessen Mitglieder darum bemüht sind, etwas gegen die Nazis auf die Beine zu stellen. Da diese aus politisch sehr unterschiedlichen Lagern kommen und es sehr viele Menschen umfaßt, ist seine Einheit im Handeln bisher noch niedrig. Das bisher wohl beste Projekt ist die Initiative, alle Inhaber von Kiosken im Bereich Dortmund aufzufordern, ihre Bestände auf Nazi-propaganda hin zu sichten und diese nicht mehr zu verkaufen.

Zwei Abende vor dem 21.10. haben Mitglieder des Bündnisses im Bereich des beabsichtigten Naziumzugs ein kurzes Schreiben der Antifaschistin **Regina Hunke**, in dem die Anwohner aufgefordert wurden, den Nazis zu zeigen, daß sie unerwünscht sind, in die Hausbriefkästen gesteckt. Gleiches geschah mit dem KPD-Flugblatt „*Nazis verbieten? Ja, selbstverständlich!*“ das auch während der antifaschistischen

Demonstration etwa an durch die Polizei eingekesselte verteilt wurde und dort mit Zustimmung aufgenommen wurde. (Die Parole wurde auch auf einem Transparent im Demonstrationszug vom Hauptbahnhof aus mitgeführt.)

An Polizisten wurde ein Flugblatt des Bündnisses mit dem Titel „Ein offenes Wort an die Polizei“ verteilt, in dem an den Polizistenmord durch den Dortmunder Faschisten **Michael Berger** erinnert wurde. Es weist auf den Widerspruch hin, daß die Polizei den Naziaufmarsch schützen muß, während die Antifaschisten nicht wollen, daß diese marschieren, und gipfelt in der Frage: „Sollen wir etwa stillhalten, bis die Nazis auch hier ihre 'national befreiten Zonen' errichtet haben?“

Die Aufnahme des Flugblatts unter den Polizisten war unterschiedlich. Es wäre natürlich illusorisch zu meinen, die Polizei damit zum Stillhalten bewegen zu können. Viele von ihnen waren gestreift und auf „die Linken“ nicht gut zu sprechen, denen sie anlasteten, das Wochenende nicht zu Hause bei ihren Familien verbringen zu können. Ihre Kollegen, die den Naziaufmarsch begleiteten, hatten sicher den bequemeren Job.

Andererseits aber wäre es völlig falsch, die Polizisten, die hier eingesetzt waren, samt und

sonders als bloße Kampfmaschinen abzutun. Es sind Menschen, und diese können grundsätzlich von ihrem Kopf Gebrauch machen. Und solche Menschen in Apparaten wie Polizei oder Armee können in entscheidenden Situationen sehr wichtig werden.

Neben dem Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ hat sich seit kurzem ein weiteres antifaschistisches Bündnis „**Wir stellen uns quer**“ gebildet. Dessen für den 21.10. angemeldete Demonstrationsroute war von dem Polizeipräsidenten ebenfalls verboten worden, da sie teilweise die Route der Nazis erfaßte. Die PDS-Stadträtin **Astrid Keller** hatte dennoch eine Demonstration des Bündnisses „Wir stellen uns quer“ angemeldet, die - fast 2.000 Mann stark - vom Bahnhof aus hinter dem Transparent „*Faschisten morden, der Staat schiebt ab. Kampf dem rassistischen Normalzustand!*“ zum Platz von Leeds zog, d.h. zu dem Ort, wo sich große Teile des Bündnisses „Dortmund gegen Rechts“ zusammengefunden hatten. Ein mitgeführtes Pappschild brachte auf den Punkt, was viele dachten: „*Man nennt es Demokratie und läßt die Nazis aufmarschieren...*“ Gemeinsam zog man dann zum Hansaplatz, um dort diejenigen, die gewillt waren, den

Nazimarsch zu verhindern, mitzunehmen. Obgleich der Lautsprecherwagen gegen den dort veranstalteten Rummel mit seinen Ansagen kaum durchdringen konnte, ist dies in einem gewissen Umfang trotzdem geglückt, nicht zuletzt auch deswegen, weil aufgrund von Flüsterpropaganda eine entsprechende Erwartungshaltung unter vielen dort versammelten Nazigeegnern bestand.

Eine gemeinsame Vorgehensweise hat jedoch gefehlt, zumal die Polizei weit außerhalb ihrer Absperrungen Kessel errichtete, und so waren die jeweils auf sich gestellten Kräfte zu unorganisiert und zu zersplittert, um die polizeilichen Absperrungen irgendwo umgehen oder durchbrechen und auch nur in die Nähe der Nazis gelangen zu können. Die Polizei wurde vom Hubschrauber aus zu ihren jeweiligen Stellungen beordert und nahm jede sich bietende Gelegenheit wahr, mit ihren **Spudok-Teams** demonstrativ Filmaufnahmen von demonstrierenden oder sich sonstwie bewegendem Antifaschisten zu machen. So hat sie letztlich das Geschehen beherrscht. Indem sie sich so als Büttel einer stark rechtslastigen Justiz bewährt hat, hat sie politisch den Nazis zu einem Erfolg verholfen.

KD

Anzeigen

Attatro

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

BUCHLADEN

TARANTA BABU

• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstag Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

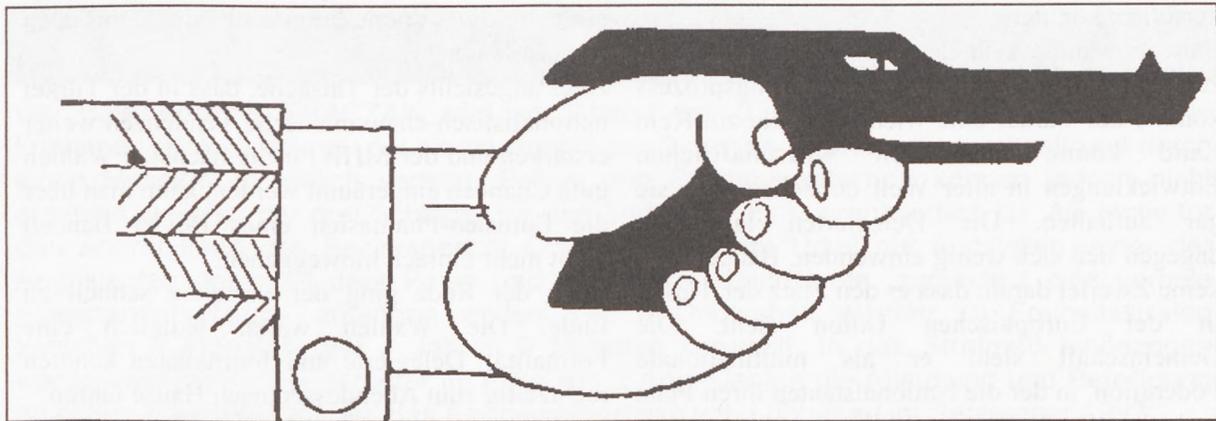
Wir bestellen jedes lieferbare Buch.



GRAUER LEITWOLF WILL NACH EUROPA

Aydin Engin

Die Ultra-Nationalisten wollen nun auch aufbrechen nach Europa - aber nur mit einer starken Türkei im Rücken. Auf dem Parteitag der MHP in Ankara gab der Vorsitzende Devlet Bahçeli der Basis die neue Marschrichtung vor.



Auf der riesigen Leinwand in der Sporthalle erscheint das Bild eines Wolfes. Das Tier verwandelt sich in Alpaslan Türkes, den verstorbenen Chef der türkischen Rechtsradikalen. Die Animationstechnik lässt keine Wünsche offen. Zu dem Wolf gesellt sich wenig später ein Wolfsbaby. Und natürlich verwandelt sich auch das Baby: in Devlet Bahçeli, den heutigen Chef der Rechtsradikalen. Nachdem die Bilder vom Wolf, dem Wolfsbaby, Alpaslan Türkes und Devlet Bahçeli mehrfach bedeutungsvoll die Plätze gewechselt haben, legt sich der Wolf hin und schließt die Augen. Bilder von der Beisetzung des verstorbenen Türkes füllen die Leinwand. Schließlich sieht das Publikum ein riesiges Portrait von Bahçeli. Es folgen Stationen seiner Laufbahn in Bildern: Bahçeli nach der letzten Wahl im Frühjahr 1999, vor seinen jubelnden Anhängern, er nennt die überwiegend jungen Leute „meine lieben Grauen Wölfe“.

Seine Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) hatte ihren bisherigen Stimmenanteil von 9 Prozent fast verdreifacht.

Bahçeli bei der „Türkenversammlung“ auf dem Berg Nemrut in einem turkmenischen Zelt kymyz trinkend, Bahçeli im Mausoleum von

Atatürk, Bahçeli mit Kopftuchträgerinnen.

Und schließlich Bahçeli als Redner und stellvertretender Ministerpräsident vor dem Parlament - Heldenverehrung als Bilderbogen.

Als die Leinwand wieder dunkel und die Musik verstummt ist, betreten zwanzig Männer den Saal, mit finsternen Blicken und Pauken im Arm. Einen suggestiven Rhythmus schlagend, beziehen sie Stellung vor dem Rednerpult. Es folgt ein Paukensolo, bei dem jeder Jazz-Fan in Ekstase geraten würde. Aber dies ist kein Jazz-Konzert, sondern der Parteitag der MHP. Und das Paukensolo wird nicht zum Vergnügen gespielt, sondern untermalt den triumphalen Einzug des Parteivorsitzenden Devlet Bahçeli.

Die Delegierten empfangen ihn mit Sprechchören: „Devlet an die Spitze des Staates“ (devlet bedeutet Staat auf Türkisch, die Red.).

Bis zum Einzug Bahçelis also verlief der Parteitag der MHP wie immer. Eitel Harmonie und Sonnenschein bei den Grauen Wölfen, der türkischen Rechtsaußen-Partei, die eine rassistische und extrem nationalistische Ideologie vertritt. Die Delegierten, das Parteivolk und die ganze Türkei wurden mit der Nachricht vom „Neuen Basbus“ (Führer, die Red.) Bahçeli

beglückt, der an die Stelle des verstorbenen Basbus getreten sei.

Der weitere Verlauf der Veranstaltung aber überraschte sowohl die Parteimitglieder als auch die Beobachter. Bahçeli hielt eine Rede, ohne den Delegierten die Möglichkeit zu geben sich auszutoben. Dabei warteten sie nur auf ein Zeichen, um lauthals ihre Parolen in die Menge rufen zu können. Ihr neuer Führer aber hielt keine einheizende Parteitage, sondern referierte sein Programm, als befände er sich auf einer wissenschaftlichen Konferenz. Ein Beitrag, den viele der Delegierten weder verstehen noch verfolgen konnten.

Bahçeli wandte sich den ganz großen Themen zu. Im internationalen Globalisierungsprozess komme der Türkei eine wichtige Rolle zu. Kein Land könne sich den wirtschaftlichen Entwicklungen in aller Welt entziehen oder sie gar aufhalten. Die Delegierten lauschten, dagegen ließ sich wenig einwenden. Bahçeli ließ keine Zweifel daran, dass er den Platz der Türkei in der Europäischen Union sieht. Die Gemeinschaft sieht er als multinationale Föderation, in der die Nationalstaaten ihren Platz und eine Großteil ihrer Souveränitätsrechte an Brüssel, Straßburg und Den Haag abgeben. Und die MHP sage dazu „Ja !“, so ihr Parteichef in Ankara. Doch ein Widerspruch bleibt - und er muss bleiben, wenn Nationalisten sich plötzlich als überzeugte Europäer präsentieren wollen.

Im zweiten Teil seiner Rede warnte Bahçeli vor einer Entwicklung, die er als „Regionalisierung“ bezeichnete: *„Starke Tendenzen zu Regionalisierung und Separatismus bedeuten Zersplitterung und Schutzlosigkeit. Sie ebnen der Globalisierung den Weg. Schauen Sie auf Kaukasien oder den Balkan.“*

Für westeuropäische Ohren hat „Regionalisierung“ oder ein „Europa der Regionen“ einen positiven Klang. Die türkischen Nationalisten beschwören mit diesem Begriff jedoch die nach ihrer Meinung größte Gefahr für die Türkei herauf: die Selbstbehauptung ethnischer Minderheiten.

Bahçeli stellte dieser Horrorvision aus nationalistischer Sicht das „Projekt Eurasien“ entgegen. Darunter verstehen die Funktionäre der MHP eine Türkei, die als Vorhut von 280 Millionen Menschen agieren würde, deren Sprachen der türkischen Sprachfamilie zuzurechnen sind und die in dem gewaltigen

Gebiet vom Balkan bis zur chinesischen Mauer leben. Der neue Führer der MHP, die sich Strukturen gegeben hat, die auf Ideologien wie dem Panturkismus und Turanismus aufbauen, träumt davon, dass eine so gestärkte Türkei mit ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht zur Lokomotive in der EU werden könnte.

Solche Vorstellungen signalisieren eine neue Variante des türkischen Nationalismus, von dem der Gründer der Bewegung, Alpaslan Türkeş, nicht einmal geträumt hätte. Auch die Basis der Bewegung denkt gewöhnlich nicht in solchen Dimensionen, das Projekt Eurasien übersteigt einfach die Vorstellungskraft des normalen Parteisoldaten.

Aber angesichts der Tatsache, dass in der Türkei nationalistisch-chauvinistische Tendenzen weiter erstarken und der MHP für die nächsten Wahlen gute Chancen eingeräumt werden, kann man über die Eurasien-Phantasien eines Devlet Bahçeli nicht mehr einfach hinweggehen.

Nach der Rede ging der Parteitag schnell zu Ende. Die Wahlen waren lediglich eine Formalität. Delegierte und Journalisten konnten rechtzeitig zum Abendessen nach Hause fahren.

(aus: persembe Nr. 11 vom 16.11.2000)

Anzeige

... über den ungeheuren
Schmerz hat mir niemand
etwas gesagt. Binta Sidibe



**Genitalver-
stümmelung**
ist eine Menschen-
rechtsverletzung!

Helfen Sie, damit
wir helfen können!

Spendenkonto: 881 999
BLZ 641 500 20,
KSK Tübingen, Stichwort:
Genitalverstümmelung

TERRE DES FEMMES e.V.
PF 2565, 72015 Tübingen
Tel: 07071 / 79 73-0
Fax: 07071 / 79 73-22
e-mail: tdf@swol.de



Vorbemerkung

Eine Dokumentation der Berliner Zeitung *TAGESSPIEGEL* (in beschränkter Auflage an Interessierte ausgegebener kostenloser Sonderdruck vom 22.09.2000) über von rechtsgerichteten deutschen Staatsangehörigen auf deutschem Boden an anderen Menschen aus rassistischen oder faschistischen Motiven oder aus einer menschenverachtenden Grundhaltung heraus in den 10 Jahren des „wiedervereinigten“ Deutschland seit dem 03.10.1990 begangene Morde. In der Wiedergabe durch die AntifaZ werden aus Platzspargründen Zahlwörter generell in Zahlen wiedergegeben, außerdem die Namensschreibung ausländischer Opfer, wo sie sprachlich fehlerhaft erscheint, korrigiert und generell der Zunahme in Versalien wiedergegeben, ferner werden die Daten durch Unterstreichung hervorgehoben und, soweit nicht in der Vorlage, das Bundesland, in dem der Tatort liegt, beigefügt.

1990

Der Pole **Andrzej FRACZAK** wird am Abend des 07.10.1990 vor einer Diskothek in Lübbenau (Brandenburg) bei einem Angriff von 3 jungen Deutschen verprügelt und durch einen Messerstich tödlich verletzt. Polizei und Staatsanwaltschaft können jedoch nicht ermitteln, welcher der drei Schläger für den Tod des Polen verantwortlich ist. Als Motiv für den Angriff kann das Bezirksgericht Cottbus in seinem Urteil nur feststellen, einer der Angeklagten habe mit dem Polen und zwei seiner Landsleute „zumindest eine verbale Auseinandersetzung“ anfangen wollen. Die 3 Deutschen werden zu Freiheitsstrafen zwischen 8 Monaten und 3 Jahren 9 Monaten verurteilt. In das Strafmaß einbezogen werden weitere Taten, darunter im Falle von 2 Angeklagten die Ausübung und Beteiligung an einem Massenangriff auf das Asylbewerberheim von Lübbenau im September 1992.

Der Angolaner **Amadeu ANTONIO KIOVA** wird in der Nacht zum 25.11.1990 in Eberswalde (Brandenburg) zu Tode geprügelt. Ungefähr 60 Rechtsextremisten fallen mit Knüppeln und Messern über Afrikaner vor einem Gasthof her. Während mehrere teils schwerverletzt flüchten können, erwacht der 28jährige Antonio nicht mehr aus dem Koma und stirbt 11 Tage später. Die 3 Haupttäter, zur Tatzeit zwischen 17 und 19 Jahre alt, werden 1992 vom Bezirksgericht Frankfurt (Oder) wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu je 4 Jahren Jugendstrafe verurteilt, ein Mittäter (18) erhält 2 Jahre auf Bewährung. Wer Antonio den tödlichen Stich ins rechte Auge zufügte, war nicht nachzuweisen.

Dieser Fall wird von der CDU/FDP-Bundesregierung 1993 in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von PDS-Bundestagsabgeordneten genannt. Auch die Regierung Schröder erwähnt den Fall 1999 in ihrer Antwort auf eine weitere PDS-Anfrage.

3 Skinheads schlagen in der Nacht zum 11.12.1990 in einer Wohnung in Berlin-Lichtenberg (Berlin) derart brutal auf den 24jährigen **Klaus-Dieter R.** ein, daß dieser sich in Panik aus einem Zimmerfenster 10 Stockwerke tief in den Tod stürzt. Die Täter wollten den Mann zur Herausgabe von 8000 DM zwingen, die er angeblich 2 Bekannten schuldete. Diese hatten einen wegen seiner Brutalität bekannten Skinhead als Geldeintreiber engagiert. 2 Schläger waren vorbestraft, einer auch wegen rechtsextremer Propagandadelikte. Das Landgericht Berlin verurteilt 2 Täter zu je 4 Jahren Haft, der 3. erhält 3 Jahre.

Der 17 Jahre alte Kurde **Nihat YUSUFOGLU** wird am 28.12.1990 in der Kleinstadt Hachenburg (Rheinland-Pfalz) von einem gleich-alten Skinhead durch einen gezielten Messerstich ins Herz getötet. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Koblenz gehörte der Täter zum Umfeld der rechtsextremen Gruppierung „Taunusfront“. Das Landgericht

Koblenz verurteilt den Messerstecher wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von 6 Jahren. Nach Ansicht der Strafkammer ist bei dem Skinhead „ein gewisser ausländergeindlicher und rassistischer, möglicherweise auch rechtsextremistischer Hintergrund“ zu erkennen, doch sei dem Täter nicht nachzuweisen, daß er „zum Zeitpunkt des Messerstichs rassistische Motive verinnerlicht“ hatte.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Ein angetrunkenener jugendlicher Skinhead schlägt in der Silvesternacht 1990 in Flensburg (Schleswig-Holstein) einen **31 Jahre alten Obdachlosen** zusammen und tritt auf den Wehrlosen danach noch mit seinen Stiefeln ein. 8 Tage später stirbt der Schwerverletzte an den Folgen der Mißhandlung. Weil das Opfer entgegen dem Rat der Ärzte vorzeitig das Krankenhaus verlassen hat, wird der inzwischen 21 Jahre alte Täter am 20.04.1993 vom Landgericht Flensburg lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt, wobei das Urteil zusätzlich mehrere kleine Diebstahlsdelikte und Raub berücksichtigt.

Der 21jährige Bundeswehrsoldat **Alexander SELCHOW** wird in der Silvesternacht 1990 in Rosdorf (Niedersachsen) von zwei 18jährigen Skinheads niedergestochen, die beide der rechtsextremistischen FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) angehören. Alexander Selchow stirbt an den Folgen mehrerer Messerstiche. Das Landgericht Göttingen verurteilt den Messerstecher wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu 6 Jahren Jugendstrafe, sein Kumpan kommt mit 4 Wochen Arrest davon.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

1991

Der 28jährige Mosambikaner **Jorge Joao GOMONDAI** stürzt am 31.03.1991 in Dresden (Sachsen) aus einer fahrenden Straßenbahn und zieht sich tödliche Verletzungen zu. Vor Gericht kann nicht geklärt werden, ob der Schlachthofarbeiter von Skinheads aus der Straßenbahn gestoßen wurde oder aus Angst vor der aggressiven Meute aus der Tür sprang. Das Landgericht Dresden verurteilt einen der Beteiligten am 29.10.1993 wegen fahrlässiger Tötung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren 6 Monaten ohne Bewährung. 2 andere Angeklagte erhalten Bewährungsstrafen von 1 Jahr 6 Monaten.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 23jährige **Matthias KNABE** wird am 08.05.1991 in Gifhorn (Niedersachsen) von 15 Skinheads angegriffen. Anschließend treiben sie den Punk zur Bundesstraße 4. Dort wird er von einem Auto angefahren und erleidet schwere Hirnverletzungen, an denen er am 04.03.1992 stirbt. Das Landgericht Hildesheim verurteilt im November 1992 den 18jährigen Christian B. wegen Beteiligung an einer Schlägerei und fahrlässiger Tötung zu 2 Jahren Haft. Das Gericht geht davon aus, Matthias Knabe sei vor das Auto gelaufen. Augenzeugen haben aber angegeben, er sei von den Skinheads auf die Straße gestoßen worden.

Am 04.06.1991 wird der 39jährige Obdachlose **Helmut LEGA** in Kästorf (Niedersachsen) von einem 17jährigen Jugendlichen in einem Waldstück erstochen. Der Angreifer gehört laut Innenministerium der örtlichen Skinheadszone an und bezeichnet Lega als „Abschaum“. Am 23.12.1991 verurteilt die 9. Große Strafkammer des Landgerichts Hildesheim den 17jährigen zu einer 6jährigen Jugendstrafe wegen Totschlags. Einen rechten Hintergrund kann die Kammer nicht erkennen.

Der Angolaner **Agostinho COMBOIO** wird in der Nacht zum 16.06.1991 in Friedrichshafen (Baden-Württemberg) von einem Rechtsextremisten verprügelt und erstochen. Der Täter wird laut Landgericht Ravensburg nach dem Verbrechen in der rechten Szene als „Held von Friedrichshafen“ gefeiert. Das Gericht verurteilt den Neonazi wegen Totschlags zu 5 Jahren Haft.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der 27jährige **Samuel Kofi YEBOAH** aus Ghana verbrennt in der Nacht zum 19.09.1991 in einem Asylbewerberheim in Saarlouis (Saarland). Unbekannte hatten nachts gegen 03.30 Uhr einen Brandsatz in die Unterkunft geschleudert. 2 weitere Flüchtlinge aus Nigeria werden verletzt. Der Brandanschlag ist 9 Jahre nach der Tat noch nicht aufgeklärt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 30 Jahre alte **Gerd HIMMELSTÄDT** stirbt am 01.12.1991 an einer Hirnblutung. 7 Jugendliche hatten ihn 3 Tage zuvor in Hohenselchow (Brandenburg) mit Baseballschlägern verprügelt. Das Opfer galt den Rechten als „Automatenknacker“. Die Täter gehören nach eigenen Angaben dem „harten Kern der rechten Szene“ an. Das Landgericht Frankfurt (Oder) verurteilt am 27.10.1992 den Haupttäter Sven B. wegen Totschlags zu 7 Jahren 6 Monaten Haft. Die anderen erhalten Bewährungsstrafen zwischen 6 Monaten und 1 Jahr und 4 Monaten.

Der 29jährige **Timo KÄHLKE** wird am 12.12.1991 in Meuro (Brandenburg) bei einem Überfall erschossen. Sowohl der 20 Jahre alte Mörder wie auch die 3 Männer im Alter zwischen 20 und 29 Jahren gehören zur Wehrsportgruppe „1. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg“. Die Neonazis wollten Kählkes Auto rauben, weil sie das Fahrzeug für den geplanten Überfall auf ein Spielkasino brauchten. Als Kählke sich wehrt, wird er umgebracht. Das Landgericht Cottbus verurteilt den Haupttäter wegen Mordes zu 9 Jahren Jugendstrafe. Die Mittäter erhalten Freiheitsstrafen zwischen 3 und 15 Jahren.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 nicht genannt, aber von der rot-grünen Regierung 1999.

1992

Eine **3köpfige Familie aus Srilanka** stirbt am 31.01.1992 in ihrer brennenden Flüchtlingsunterkunft in Lampertheim/Bergstraße (Hessen). Im Herbst 1992 werden 3 Jugendliche festgenommen, die den Brandanschlag gestehen. 1994 werden sie wegen besonders schwerer Brandstiftung vom Landgericht Darmstadt zu 4 Jahren 6 Monaten bis 5 Jahren 6 Monaten Haft verurteilt. Das Gericht sieht keinen fremdenfeindlichen Hintergrund.

Der Rumäne **Dragomir CRISTINEL** wird am 15.03.1992 in einem Asylbewerberheim bei einem Angriff einer 25köpfigen Gruppe deutscher Jugendlicher in Saal bei Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) zu Tode geprügelt. Der 18jährige Asylbewerber stirbt an Hirnblutungen. Der Überfall auf das Heim war ein Racheakt für eine Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Rumänen am Vorabend. Im Juni 1992 verurteilt das Bezirksgericht Rostock einen 18jährigen wegen Körperverletzung mit Todesfolge und schweren Landfriedensbruchs zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren 6 Monaten. 2 weitere Angreifer erhalten Bewährungsstrafen.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der 53jährige Seemann **Gustav SCHNEECLAUS** wird am 18.03.1992 in Buxtehude (Niedersachsen) von Skinheads so schwer mißhandelt, daß er an den Folgen der Verletzungen stirbt. Zuvor hat Schneeclaus Hitler als „großen Verbrecher“ bezeichnet. Das Landgericht Stade verurteilt die beiden Täter Stefan S. (19) und Stephan K. (26) im September 1992 zu Haftstrafen von 6 Jahren und 8 Jahren 6 Monaten.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 31jährige Obdachlose **Ingo FINNERN** wird am 19.03.1992 von einem Skinhead in das Becken des Flensburger Hafens (Schleswig-Holstein) gestoßen und ertrinkt. Finnern hatte sich seinem späteren Mörder als Sinti zu erkennen gegeben, nachdem dieser „Ausländer raus!“ gerufen hatte. Das Landgericht Flensburg verurteilt den 21jährigen Skinhead Sascha D. zu 5 Jahren Jugendhaft, will aber „keinen direkten Zusammenhang“ zwischen dem Streit, den fremdenfeindlichen Ansichten des Täters und der Tat erkennen.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hörstel (Nordrhein-Westfalen) kommt der dort untergebrachte **Erich BOSSE** ums Leben. Bis heute ist kein Täter ermittelt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der 29jährige Vietnamesische **Nguyen Van TU** stirbt am 24.04.1992 in Berlin durch einen Messerstich in die Lunge. Der 21jährige Täter gibt an, der rechtsextremen **DVU** nahestehen. Er wird am 08.10.1992 vom Landgericht Berlin wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 4 Jahren 6 Monaten Haft verurteilt. Als Tatmotiv stellt das Gericht Selbstjustiz vor dem Hintergrund fremdenfeindlicher Ressentiments fest.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 23jährige **Thorsten LAMPRECHT** wird am 09.05.1992 bei einem Überfall von etwa 60 Skinheads auf eine Punk-Fete in dem Magdeburger Lokal „Elbterrassen“ (Sachsen-Anhalt) mit einem Baseballschläger getötet. Wer den Punk erschlagen hat, kann nicht ermittelt werden. 4 Prozesse werden gegen 18 Mittäter angestrengt. Einer der Haupttäter, ein 24 Jahre alter Mann aus Wolfsburg, wird im Februar 1995 vom Magdeburger Landgericht zu 4 Jahren Haft verurteilt, wegen Landfriedensbruchs in besonders schwerem Fall in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der Obdachlose **Emil WENDTLAND** wird am 01.07.1992 im Rosengarten in Neuruppin (Brandenburg) erstochen. 3 Skinheads verabredeten sich zum „Penner-Klatschen“ und stießen auf den 50jährigen. Nachdem sie ihn zusammengeschlagen haben, sticht einer der Angreifer mit einem Messer auf den Wehrlosen ein. Im Oktober 1993 verurteilt das Landgericht Potsdam den 20jährigen Haupttäter Mirko H. wegen Totschlags zu 7 Jahren Jugendstrafe. Das Gericht stellt fest, H. habe sein Opfer „für einen Menschen zweiter Klasse gehalten“. Ein Mittäter wird wegen schwerer Körperverletzung zu 3 Jahren Jugendhaft verurteilt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der 56jährige Kosovo-Albaner **Sadri BERISHA** wird am 08.07.1992 mit einem

Baseballschläger erschlagen, als 7 Skinheads seine Unterkunft in Ostfildern-Kemnat bei Stuttgart (Baden-Württemberg) stürmen. Das Motiv der Täter, die sich vorher Hitler-Reden vom Band angehört haben, lautet: „*Polacken klatschen*“. Lebenslange Haft bekommt Thomas W. (25), der den tödlichen Schlag ausgeführt hat. Die 6 anderen Skinheads werden zu Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten auf Bewährung und 9 Jahren verurteilt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 49jährige Obdachlose **Klaus-Dieter KLEIN** wird in der Nacht zum 01.08.1992 im Park von Bad Breisig (Rheinland-Pfalz) von 2 Skinheads zusammengetreten und danach mit einem Kampfmesser niedergestochen. Der Obdachlose, der auf einer Brunnenmauer schlief, war vom Lärm der Skinheads, die auch „*Sieg Heil!*“ riefen, aufgewacht und hatte sich den Krach verbeten. Die 17jährigen Täter Patrick B. und Stefan H. werden 1993 zu Haftstrafen von 8 Jahren 3 Monaten bzw. 6 Jahren 3 Monaten verurteilt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der Pole **Ireneusz SZYDERSKI** stirbt am 03.08.1992 nach einem Besuch in einem Disco-Zelt in Stotternheim (Thüringen). Als der 24jährige Erntehelfer mit Freunden das Gelände über einen Zaun verlassen will, treten und schlagen 3 Ordner, die laut Staatsanwaltschaft Erfurt der Skinheadszene angehören, auf ihn ein. Nach der Obduktion sagt die Staatsanwaltschaft, „*massive Schläge auf Kopf und Rücken*“ hätten „*zum Tod geführt*“. Im Prozeß will der medizinische Sachverständige allerdings nicht ausschließen, daß „*die starke Alkoholisierung des Polen schuld an dessen Tod*“ sei. Das Landgericht Erfurt kann nicht klären, wer die Tritte und Schläge ausgeführt hat, und verurteilt den 24jährigen René K. im November 1993 zu 2 Jahren 6 Monaten Haft wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Ein 23jähriger und ein 25jähriger werden zu Geldstrafen von 760 DM bzw. 600 DM verurteilt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der 35jährige Obdachlose **Frank BÖNISCH** stirbt am 24.08.1992 auf dem Zentralplatz in Koblenz (Rheinland-Pfalz), als der damals 23jährige Skinhead Andy Johann H. (Szenename: „*der deutsche Andy*“) das ganze Magazin einer großkalibrigen Smith & Wesson auf eine Gruppe von Punks, Obdachlosen und Drogenabhängigen abfeuert. H., der zur Deutschen Front Koblenz (DFC) gerechnet wird, erhält 10 Monate nach der Tat vom Landgericht Koblenz wegen Mordes und 7fachen Mordversuchs eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren.

Der 58jährige Obdachlose **Günter SCHWANNECKE** wird am 29.08.1992 nachts auf einer Parkbank in Berlin-Charlottenburg (Berlin) von einem Ku-Klux-Klan-Anhänger zusammengeschlagen. Der 22jährige Skinhead hatte mit einem Freund zuvor Ausländer bedroht und dann nach einem kurzen Wortwechsel mit seinem Baseballschläger auf den betrunkenen Schwannecke und einen weiteren Obdachlosen eingeschlagen. Der Täter wollte laut Berliner Landgericht „*seine Aggressionen abreagieren*“. Günter Schwannecke stirbt am 05.09.1992 an einem Schädelbruch. Am 23.02.1993 verurteilt das Landgericht Berlin Norman Z. wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 6 Jahren Haft.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Bei einem Überfall von Neonazis auf ein Lokal in Geierswalde (Sachsen) in der Nacht zum 11.10.1992 wird die Aushilfskellnerin **Waltraud SCHEFFLER** so schwer verletzt, daß sie 13 Tage später stirbt. Scheffler hatte versucht, auf die mit „*Sieg Heil!*“-Rufen eindringenden Skinheads einzureden. Doch ein Neonazi schlug ihr mit voller Wucht eine Holzlatte auf den

Kopf. Das Jugendschöffengericht Bautzen verurteilt den Täter zu 4 Jahren 6 Monaten Jugendstrafe.

Der 52jährige Obdachlose **Rolf SCHULZE** wird am 07.11.1992 bei Lehnin (Brandenburg) von 2 Skinheads getreten, mit Fäusten traktiert, mit einer Propangasflasche geschlagen und mehrmals im Kölpinsee untergetaucht. Später übergießen die Täter die Leiche mit Benzin und zünden sie an. Vor dem Bezirksgericht Potsdam bekennen sich die Angeklagten zu den verbotenen rechtsextremen Organisationen Nationale Offensive und Nationalistische Front. Die Neonazis, 17 und 18 Jahre alt, erhalten im Juli 1993 Jugendstrafen von 9 und 7 Jahren.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

Der 53 Jahre alte Metzger **Karl-Hans ROHN** wird am 13.11.1992 in Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) von 2 Rechtsextremisten geschlagen, angezündet und erstickt. Rohn hat sich in einem Lokal als Jude ausgegeben, woraufhin der Wirt mit Worten wie „*Du kommst nach Auschwitz!*“ und „*Juden müssen brennen!*“ die Skinheads zu der Gewalttat animiert. Das Landgericht Wuppertal verurteilt die beiden Schläger wegen Mordes zu 14 bzw. 8 Jahren Haft. Der Wirt erhält 10 Jahre.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 27jährige Hausbesetzer **Silvio MEIER** verblutet am 21.11.1992 in Berlin. Der 17jährige Sandro S. hat mit einem Messer auf Meier und seine Begleiter eingestochen. Silvio Meier hatte zuvor einen Aufnäher „*Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein*“ beanstandet. Die Täter rufen: „*Jetzt haben wir es Euch gezeigt, Ihr linken Säue!*“ Die Jugendstrafkammer des Kriminalgerichts Berlin-Moabit verurteilt Sandro S. am 02.10.1993 in einem Jugendstrafverfahren wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren 6 Monaten. Die Mitangeklagten, der 18jährige Sven M. und der 17jährige Alexander B., erhalten Freiheitsstrafen von 3 Jahren 6 Monaten bzw. 8 Monaten auf Bewährung.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Die Türkinnen **Vahide ARSLAN** (51), **Ayşe YILMAZ** (14) und **Yeliz ARSLAN** (10) sterben am 22.11.1992 in Mölln (Schleswig-Holstein) bei einem Brandanschlag auf das Haus, in dem sie leben. Das Oberlandesgericht Schleswig spricht den 25jährigen Rechtsextremisten Michael PETERS und seinen 19 Jahre alten Kumpan Lars CHRISTIANSEN am 08.12.1993 des 3fachen Mordes in Tateinheit mit versuchtem Mord an 7 Menschen für schuldig. Peters erhält eine lebenslängliche Haftstrafe, Christiansen wird zu 10 Jahren Jugendhaft verurteilt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 und 1999 genannt.

Der 51 Jahre alte **Hans-Jochen LOMMATSCH** wird am 18.12.1992 in Oranienburg (Brandenburg) erschlagen. Der Baumaschinist wollte vor dem Schlafengehen nach seinem neuen Auto gucken. Auf dem Parkplatz trifft er auf 2 Skinheads aus der rechten Szene, die ihn „*grundlos*“ angreifen, wie das Bezirksgericht Potsdam feststellt. Es hätte „*jeden anderen treffen können*“, sagt der 26jährige Jens SCH. auf die Frage nach seinem Motiv. Der mehrfach Vorbestrafte hat sein Opfer mit Faustschlägen und Tritten getötet. Das Bezirksgericht Potsdam verurteilt Sch. im Oktober 1993 zu 8 Jahren Haft wegen Totschlags.

Der Türke **Sahin CALISIR** stirbt am frühen Morgen des 27.12.1992 auf der Autobahn 57 bei Meerbusch (Nordrhein-Westfalen). Sein Wagen ist zuvor von Klaus E., einem polizeibekanntem rechten Hooligan aus Solingen, verfolgt und gerammt worden. Der

28jährige Calisir und 2 türkische Begleiter flüchten aus Angst auf die Straße. Sahin Calisir wird von einem Auto erfaßt. Das Schöffengericht Neuß kann kein ausländerfeindliches Motiv für die Verfolgungsjagd erkennen. Es verurteilt den 23jährigen Klaus E. im Oktober 1993 wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Straßenverkehrsgefährdung zu 15 Monaten Haft. Aus dem Gefängnis schreibt Klaus E. über den Toten: „*Das mit dem Herumlaufen hat sich für ihn erledigt.*“ Der Beifahrer von E. war als Ordner für die rechtsextreme Deutsche Liga für Volk und Heimat tätig.

1993

Am 18.01.1993 geraten 5 Jugendliche im thüringischen Arnstadt mit dem Parkwächter **Karl SIDON** in Streit. Die der „Babyskin-Szene“ zugehörigen Jugendlichen verprügeln den 45jährigen, mit dem sie mehrfach Auseinandersetzungen gehabt hatten. Anschließend schleifen sie ihr regloses Opfer auf die vielbefahrene Bahnhofstraße. Mehrere Autos überrollen den Mann. Im Krankenhaus erliegt er seinen Verletzungen. 2 der Jugendlichen, 15 und 16 Jahre alt, verurteilt das Erfurter Bezirksgericht im August 1993 zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft.

Der 22jährige **Mike ZERNA** wird bei einem Überfall von rechten Skinheads auf linke Jugendliche am 19.02.1993 in Hoyerswerda (Sachsen) zusammengeschlagen. Die Angreifer, darunter 3 wegen fremdenfeindlicher Gewalttaten Vorbestrafte, prügeln mit Rufen wie: „*Schlagt die Zecken tot!*“ auf Konzertbesucher und den Fahrer der Band ein. Dann kippen sie ein Auto auf den am Boden liegenden Mike Zerna. 6 Tage später erliegt er seinen Verletzungen. Nach Ansicht des Landgerichts Bautzen sind Polizei und Sanitäter mitverantwortlich für den Tod, weil sie erst 1 Stunde nach dem Überfall am Tatort eingetroffen sind. Das Landgericht Bautzen verurteilt im Juli 1994 12 Tatbeteiligte im Alter von 19 bis 25 Jahren zu Bewährungs- und Haftstrafen bis zu 4 Jahren.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1994 in der Antwort auf eine weitere PDS-Anfrage genannt, 1999 auch.

Der 56jährige Türke **Mustafa DEMIRAL** stirbt am 09.03.1993 in Mülheim/Ruhr (Nordrhein-Westfalen) nach einer Auseinandersetzung mit 2 Deutschen. Laut Essener Staatsschutz haben die Jugendlichen den herzkranken Türken angepöbelt. Demirel wehrt sich, woraufhin ein Mann eine Gaspistole zieht und auf den Kopf des Türken zielt. Dieser regt sich so sehr auf, daß er kurz darauf zusammenbricht und an einem Herzanfall stirbt. Beide Täter sind Mitglieder der „Republikaner“. Die 2 Männer werden wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu je 4 Jahren Haft verurteilt.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1994 und 1999 genannt.

Der 18 Jahre alte **Hans-Peter ZARSE** wird am 12.03.1993 nahe Uelzen (Niedersachsen) von einem Skinhead-Kumpan erstochen. Bei einer gemeinsamen Fahrt ist das Moped wegen eines Motorschadens liegen geblieben. Es kommt zum Streit über die Panne. Bei der auch handgreiflich geführten Auseinandersetzung fühlt sich der Täter, laut Landgericht Lüneburg Anführer einer rechtsextremen Skinhead-Gruppe, „*in seinem Dominanzstreben und seiner Ehre beeinträchtigt*“. Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von 5 Jahren.

Der Wehrpflichtige **Matthias LÜDERS** erhält bei einem Überfall von 40 rechten Skinheads auf eine Diskothek in Obhausen (Sachsen-Anhalt) am 24.04.1993 zwei Schläge auf den Kopf. 2 Tage später stirbt der 23jährige. Die Diskothek habe zum Zeitpunkt der Tat als „*linker Treffpunkt*“ gegolten, stellt das Landgericht Halle im Prozeß gegen einen 20jährigen Skinhead fest. Der „*blitzartige Angriff*“ sei eine Racheaktion gewesen. Das Landgericht hält der Polizei vor, sie sei vorab informiert gewesen. Im Februar 1994 verurteilt das Gericht

den Skinhead wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Jugendstrafe von 3 Jahren 6 Monaten. Er hat zugegeben, mit einem Baseballschläger zugeschlagen zu haben. Auf das Haus der in Solingen (Nordrhein-Westfalen) lebenden Familie Genc wird am 29.05.1993 ein Brandanschlag verübt. Dabei sterben 5 Familienmitglieder: **Gülsüm INCE** (27), **Hatice GENC** (18), **Gülistan ÖZTÜRK** (12), **Hülya GENC** (9), **Saime GENC** (4). Am 13.10.1995 verurteilt ein Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts 4 junge Solinger, die zur Tatzeit 16, 17, 20 und 23 Jahre alt waren, wegen auf Ausländerhaß basierenden 5fachen Mordes, 14fachen Mordversuchs und besonders schwerer Brandstiftung zu einmal 15 und 3mal 10 Jahre Haft.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1994 und 1999 genannt.

2 junge Rechtsextremisten quälen am 05.06.1993 in Fürstenwalde (Brandenburg) den Obdachlosen **Horst HENNERSDORF** zu Tode. Der 37jährige wird auf einem Anwesen stundenlang mißhandelt. Mehrere Zeugen beobachten die Tat, greifen aber nicht ein. Laut Landgericht Frankfurt (Oder) sind die Skinheads der rechten Szene zuzuordnen, doch habe es für die Tötung kein Motiv gegeben. Einer der Täter hatte indes bei der Befragung durch einen Psychiater angegeben, der Obdachlose habe auf ihn den Eindruck „*eines niedrigen Menschen, eines dreckigen Penners*“ gemacht. Das Gericht verurteilt die Täter wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge zu 8 bzw. 5 Jahren Haft.

Ein schlafender **Obdachloser** wird am 16.07.1993 in Marl (Nordrhein-Westfalen) von einem rechten Skinhead als „*Judensau*“ beschimpft und mit Schlägen und Tritten bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt. Das 33 Jahre alte Opfer stirbt 3 Monate später im Krankenhaus an einer Lungenembolie, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Im März 1994 verurteilt das Landgericht Essen den 18jährigen Skinhead wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer 15monatigen Jugendstrafe auf Bewährung. Das Gericht sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen Mißhandlung und Todesursache. Der Skinhead ist vor der Tat durch Körperverletzungen und rechtsextreme Propagandadelikte aufgefallen.

Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1999 genannt.

Der Arbeitslose **Hans-Georg JAKOBSON** wird in der Nacht zum 28.07.1993 nahe Strausberg (Brandenburg) aus einer fahrenden S-Bahn gestoßen und stirbt. Die Angreifer haben zuvor den schlafenden 35jährigen geschlagen und getreten. Als sie bei ihm kein Geld finden, soll Jakobson einen „*Denkzettel*“ erhalten. Das Landgericht Frankfurt (Oder) bescheinigt dem 20jährigen, einschlägig vorbestraften René B. erhebliche kriminelle Energie sowie besondere Brutalität gegenüber Ausländern. Er wird im Januar 1994 wegen Mordes zu 8 Jahren Jugendhaft, die 17- und 18jährigen Mittäter Henry G. und Thomas D. zu 6jährigen Jugendhaftstrafen verurteilt.

Der 18jährige Gambier **Kolong JAMBA** wird am 07.12.1993 im Eilzug von Hamburg nach Buchholz (Niedersachsen) erstochen. Der 45jährige Wilfried S. stößt ihm ein 12 cm langes Messer in den Bauch, weil er sich durch den Asylbewerber gestört fühlt. Das Landgericht Stade verurteilt S. im März 1997 wegen „*Totschlags in einem minderschweren Fall*“ zu 2 Jahren Haft, auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Die Richter schließen Ausländerhaß als Motiv aus, obwohl Kollegen bestätigen, daß S. Schwarzafrikaner mehrmals als „*Teerpappe*“ und „*Bimbos*“ bezeichnet hat. Das Messer habe er sich zugelegt, um sich „*vor derartigen Leuten zu verteidigen*“.

(einem 25 Jahre alten Kumpan das Opfer durch Schläge und Tritte schwer mißhandelt. Polizei, Staatsanwaltschaft und Landgericht Potsdam können kein fremdenfeindliches Motiv erkennen, obwohl mehrere Zeugen den Medien von rassistischen Sprüchen des älteren Täters berichten - die noch zugenommen hätten, als seine Freundin zu einem ausländischen Kollegen von Antonio Melis wechselte. Das Gericht verurteilt den älteren Schläger zu 13 Jahren Haft, der jüngere erhält 8 Jahre Jugendstrafe.

NAZI-AUFMARSCH IN DÜSSELDORF

Lediglich 300 Neonazis waren am Samstag, dem 28.10., in Düsseldorf zum Aufmarsch auf dem Rheinufertunneldeckel in der Nähe der Oberkasselerbrücke erschienen. Schon bald standen vielen von ihnen Enttäuschung und Frust ins Gesicht geschrieben: Für ihren zwei Kilometer langen Marsch unter dem Motto: Meinungsfreiheit auch für Nationalisten - Argumente statt Verbote“ benötigten sie fast fünf Stunden.

Immer wieder musste der Demonstrationzug, der sich über die von 4000 Polizeibeamten abgesicherte Rheinuferpromenade quälte, stoppen und bis zu 90 Minuten ausharren, bevor es weiterging. GegendemonstrantInnen war es trotz diverser Sondereinsatz- und bayrischer Unterstützungskommandos mehrmals beinahe gelungen, auf die Demonstrationsroute zu gelangen. Fast hätte der braune Spuk bereits nach weniger als 100 Metern sein Ende gefunden, weil es der polizeilichen Einsatzleitung lange Zeit als zu gefährlich erschien, den Aufmarsch an der Altstadt vorbeizuführen. Man entschied sich dann aber für den Nachzug von Sondereinsatzkommandos und die Umleitung des Aufmarsches unterhalb der Rheinuferpromenade an der Kaimauer entlang. Auf dem Rückweg von der Zwischenkundgebung am Innenministerium wurde den neonazis dann auch noch von der Polizei untersagt, ihren vom Düsseldorfer „Kameradschafts“mitglied Stefan Kregel zur Verfügung gestellten und gefahrenen Lautsprecherwagen für weitere Durchsagen und Parolen zu nutzen. Mehrmals war zuvor über diesen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ skandiert worden, was dem Einpeitscher noch vor Ort ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens für eine verbotene und verfassungsfeindliche Organisation bescherte.

Organisiert worden war die Demonstration vom „Widerstand West“, einem Zusammenschluss nordrhein-westfälischer „Freier Kameradschaften“. Die Abwicklung der Demonstration, die von dem Neusser NPD-Kreisvorsitzenden Reinhard Vielmal aus Dormagen als „Privatperson“ angemeldet worden war, lag in den Händen der „Kameradschaft Düsseldorf“ um Sven Skoda. Dieser wurde von den nordrhein-westfälischen „Führungskameraden“ Siegfried Borchardt, Ralf Tegethoff, Christian Malcoci und Carsten Köppe unterstützt. Auch der Bonner NPD-Kreisvorsitzende Hans-Robert Klug wirkte in der

Demonstrationsleitung mit. Ebenso wie Vielmal konnte offenbar auch er dem Beschluss des NPD-Bundesvorstandes aufgrund der aktuellen Debatte über ein Verbot der NPD, derzeit keine Demonstration durchzuführen, und der Distanzierung der NPD von der Düsseldorfer Demo nichts abgewinnen. Neben der „Kameradschaft Düsseldorf“ und ihrem zehlfachen Umfeld waren insbesondere Neonazis aus dem Ruhrgebiet, hauptsächlich aus Dortmund, Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Witten, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, Hagen, dem Bonner Raum und dem Kreis Mettmann vor Ort anzutreffen. Auch die ehemalige JN-Stützpunktleiterin aus dem Ruhrgebiet und heutige Betreiberin des Düsseldorfer CD-Vertriebs „Hagalaz-Versand“, Melanie Dittmer, und der ehemalige stellvertretende JN-NRW-Landesvorsitzende Frank Amberg aus Burscheid, beide heute für das „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ tätig, gaben sich nach längerer Demonstrationspause wieder die Ehre. Nennenswerte Unterstützung von außerhalb NRW, wie noch eine Woche zuvor in Dortmund, gab es nicht. Und sogar reihenweise „Kameradschaften“ aus NRW wie die „Sauerländer Aktionsfront“, die Siegener „Kameradschaft 2/130“, die ostwestfälischen „Kameradschaften“, der Kölner „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) und die ansonsten immer präsenten niederländischen „Kameraden“ ließen sich nicht blicken. Ob diese geringe Beteiligung mehr auf fehlende Unterstützung aus der Szene oder auf antifaschistische Blockaden und Aktionen zurückzuführen ist, blieb ungeklärt. Fest steht, dass zwischen 100 und 200 Neonazis ihr Ziel nicht erreichten und bei der Anreise wieder abdrehen mussten. Diesen blieben dadurch die peinlichen Reden vor Ort erspart. Während sich Skoda und Tegethoff einmal mehr in Röhm- und Goebbels-Kopien versuchten, schaffte es Vielmal nur mit großer Mühe, seine dreiminütige wirre Rede vom Papier abzulesen. Der „bekannte nationale Redakteur

Truchs“ und eine nicht näher vorgestellte Vertreterin der „Erlebnisgeneration“ standen ihm in nichts nach. Letztere appellierte an die „jungen Kameraden“, doch mehr auf ihr „Äußeres zu achten“. Besorgt um das Bild der „Deutschen Jugend“ in der Öffentlichkeit hatte sie zuvor bergeblich versucht, einem angetrunkenen Naziskin die Bierdose zu entreißen.

Wie zu erwarten war, verkauft das „Widerstandsbüro“ von Skoda den Aufmarsch via Internet dennoch als Erfolg. „Der Nationale Widerstand“ sei „in deutschland wieder eine politische Kraft geworden, die in jeder Stadt, in jedem Dorf stolz Flagge zeigt.“ Man habe mit 400 Teilnehmern „ein medienwirksames Zeichen gegen die Medienhetze und Verbotshysterie in der BRD“ gesetzt.

Große Beteiligung an Verhinderungsversuchen

Mehr als 2500 Menschen, darunter auch viele GewerkschafterInnen, die einem Aufruf des vom „Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf“ (Antifa-KOK) und den Düsseldorfer Hochschul-Asten initiierten „Bündnis gegen Rechts“ gefolgt waren, beteiligten sich an dem Versuch, den Neonaziaufmarsch zu verhindern. Nach einer Kundgebung und einer von der Polizei angegriffenen und daraufhin aufgelösten Spontandemonstration fanden sich immer wieder Menschen in größeren Gruppen zusammen und zogen gemeinsam zu den Sammelpunkten und in Richtung Demonstrationsroute der Neonazis. Im Laufe des Tages wurden 210 gegen den Neonaziaufmarsch protestierende Menschen

teilweise brutal in Polizeigewahrsam genommen, darunter auch eine zwölfjährige Schülerin und eine 74jährige Rentnerin, es gab 126 „qualifizierte“ Festnahmen. Drei Personen wurden dem Haftrichter vorgeführt, gegen zwei Personen aus Wuppertal und Dessau erging Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung. Ein Kurde aus Dessau wurde bereits am 31.10. in einem „beschleunigten Hauptverfahren“ wegen versuchter schwerer Körperverletzung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer siebenmonatigen Haftstrafe verurteilt. Von Seiten der Neonazis wurden 31 Personen vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen.

Zeitgleich zum Neonaziaufmarsch nahmen 10 000 Personen - nach Angaben des Veranstalters und der Polizei 25 000 - an einer Kundgebung eines „Bürgerbündnisses“ vor dem Düsseldorfer Rathaus teil und lauschten dem NRW-Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin, der für eine „Zukunft, in der kein Platz ist für Extremisten jeder Schattierung“, plädierte. Von Seiten des „Bürgerbündnisses“ waren im Vorfeld keine Mühen und Kosten gescheut worden, um das Image der „weltoffenen und toleranten Landeshauptstadt“ wieder aufzupolieren. Auf Initiative Erwins und der Rheinbahn durften sogar all diejenigen, die hieran mitwirken wollten, ab 10.00 Uhr kostenlos Straßenbahnen und Busse benutzen. Zu spät für TeilnehmerInnen der Kundgebung des „Bündnisses gegen Rechts“: Deren Auftaktveranstaltung begann bereits um 9.30 Uhr

Pierre Briegert

Anzeigen

SONNENBLUME
Naturkost . Naturwaren
 Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
 am Hauptbahnhof
 Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24
Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
 Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR
KOST&WAREN

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung



HUTZEL

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

MARSCH GEGEN RASSISMUS

Knapp 300 Menschen, zur Hälfte ausländischer Herkunft, veranstalteten am 14. Oktober einen „Marsch gegen Rassismus“ durch die Recklinghäuser Innenstadt. Mit Parolen wie „Gegen Faschisten und Rassisten“, „Keine Abschiebung in Bürgerkriege und Folterstaaten“ oder „Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge bekämpfen - Grenzen auf für alle“ und immer wieder „Schluss mit dem rassistischen Terror in Deutschland“ wurde deutlich gemacht: Auch in Recklinghausen gibt es Menschen, die der Welle fremdenfeindlicher Gewalt aktiv entgegentreten wollen.



Marsch gegen Rassismus

Foto: IFV

Initiator dieses Marsches war Isidore Mukilakoy vom Verein „Lieber Gott e.V.“, der im Vorfeld unermüdlich bei Parteien, Verbänden und Vereinen für die Teilnahme an diesem Marsch und an dem anschließenden Internationalen Kulturfest geworben hatte. Zum Schluss nahmen immerhin über zehn deutsche und ausländische Vereine und Organisationen teil und waren sich anschließend mit Isidore einig: *„Dieser Marsch sollte solidarisch, humanitär und friedlich sein. Und so war er auch. Definitionsgemäß sind wir marschiert, um das Image unseres Landes zu verbessern, das durch gewaltsame Ausschreitungen angeschlagen worden ist. Um der Welt zu zeigen, dass es hier nicht nur böse Rechts-Extremisten gibt, sondern vor allem Menschen - Inländer und Ausländer -, die in Frieden und in Gerechtigkeit miteinander leben wollen.“*

Nach der Abschluss-Kundgebung, auf der Vertreter des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV), der Libertären Initiative, von DIDF und vom Alevitischen Kulturverein sprachen, fand ein begeisterndes Kulturfest statt. Es gab spanische Flamencotänze der Gruppe „Aire Flamenco“, Lieder der „Samstagskinder“ aus Marl, Tänze der

Kinderfolklore-Tanzgruppe des Alevitischen Kulturvereins aus Marl und der Erwachsenentanzgruppe des Alevitischen Kulturvereins aus Recklinghausen, es sang der Gospelchor, der von Isidore dirigiert wurde, hinzu kamen mehrere Musikgruppen: Grup Simko, Gruppe „Absaits“ und zum Abschluss die Hip Hop-Gruppe „Alex & Friends“. Immer wieder blieben große Menschengruppen stehen, um die einzelnen Beiträge zu hören, so dass insgesamt sicher 1000 Menschen den Beiträgen zusahen und -hörten.

An dieser Stelle muss einem Mann noch einmal besonders gedankt werden: Ohne die Unterstützung von Mehdi Noeh Khan, der seine **M u s i k a n l a g e** („Mehdis fahrbare Disko“) kostenlos zur Verfügung stellte und eine kostengünstige Bühne bei der Firma „Sound Company“ aus Essen organisierte, hätte das Fest keinen so tollen Rahmen gehabt.

Da auch das Wetter mit strahlend blauem Himmel mitspielte, war bewiesen, dass die Teilnahme von „Lieber Gott e.V.“ schon Außerordentliches bewirken konnte.

Öznur Sezgin (IFV)

WIR FORDERN GLEICHE RECHTE

Redebeitrag des IFV am 14.10.2000

Selbstverständlich sind auch für uns das Verbot und die Auflösung aller Nazi-Organisationen wichtige Schritte im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Allerdings sind wir der Meinung, dass das Verbot nicht die Lösung des Problems bedeutet.

Die Nazi-Organisationen stehen nicht wie ein brauner Felsblock neben einem schneeweißen, demokratischen Sandstrand.

Menschen nichtdeutscher Herkunft wissen sehr genau, dass ihnen neben der Gewalt neofaschistischer Organisationen in diesem Land eine ganz alltägliche Gewalt angetan wird.

Diese alltägliche Gewalt macht ihnen zwar nicht in jedem Fall das Lebensrecht streitig, verweigert ihnen aber die Menschenwürde.

Sie gesteht ihnen nicht die gleichen Menschenrechte zu wie den Menschen deutscher

wie alle anderen.

Noch weniger Rechte haben Flüchtlinge - die Ausländer zweiter Klasse.

Kommen sie aus Gebieten des ehemaligen Jugoslawien, leben sie in einem merkwürdigen Widerspruch:

Einerseits sind sie als 'Europäer' umworben und als Menschen, die vor dem deutschen Kriegsgegner Milosevic geflohen sind.

Andererseits sollen sie schleunigst das Land verlassen, da mit dem Sieg über Milosevic ja der Grund für ihre Flucht dank des NATO-Einsatzes beseitigt wurde.

Sind sie Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten, würde man sie am liebsten sofort los werden.

Doch da die Bilder aus den afrikanischen Bürgerkriegen schlagend belegen, welches Schicksal sie erwartet, werden die meisten vorläufig geduldet - Sie sind aber wegen des alltäglichen Rassismus am häufigsten Opfer faschistischer Gewalt.

So gut wie gar keine Rechte haben Asylsuchende - Sie sind die Ausländer dritter Klasse.

Sie würde man am liebsten sofort wieder loswerden - und dank eines perfekt organisierten bürokratischen Verfahrens wird man auch 70 Prozent der Antragsteller sofort wieder los.

Für diejenigen, die mit etwas Glück und Unterstützung es schaffen, in ein reguläres gerichtliches Verfahren zu kommen, beginnt eine oft jahrelange Situation des Ausnahmezustandes. Weder ihre Unterbringung noch ihre Verpflegung noch ihre politischen Rechte entsprechen auch nur annähernd humanitären Mindeststandards.

Das Asylbewerberleistungsgesetz beispielsweise ist der zynische Versuch, Asylbewerber auszuhungern und sie dadurch zu zwingen, das Land freiwillig zu verlassen. Alles ganz legal - also demokratisch?



Mitglieder des IFV auf dem Marsch

Herkunft.

Das fängt mit dem Recht auf Arbeit an:

Ausländer können sich erst nach den Deutschländern Hoffnung auf einen Arbeitsplatz zu machen.

Das setzt sich fort mit dem Recht auf politische Betätigung:

Ausländer haben nicht einmal auf kommunaler Ebene ein gleiches Wahlrecht.

Die Wahl eines sogenannten Ausländerbeirates ist eine Karikatur auf demokratische Rechte, zu entscheiden hat er gar nichts.

In seiner politischen Funktion dient er ausschließlich dazu, mit Hilfe finanzieller Bestechung den hier lebenden Ausländern den Zustand des 'als ob' schmackhaft zu machen - als ob sie genau so Bürger dieser Stadt wären

Die Existenz von Abschiebegefängnissen ist der handgreifliche Beweis der Inhumanität: Menschen, die überhaupt keine Straftat begangen haben, werden bis zu 18 Monate in Abschiebehaft genommen, wenn sie den behördlichen Aufforderungen, das Land zu verlassen, nicht schnell genug gefolgt sind.

Der Zustand der Unterkünfte von Asylsuchenden ist im allgemeinen skandalös - ganz abgesehen davon, dass sie in vielen Fällen weit außerhalb der Wohngebiete sich befinden, um möglichst wenig Kontakt zu den deutschen Anwohnern aufkommen zu lassen.

Wie rechtlos Asylsuchende sind, kann man gut daran erkennen, dass für sie die sogenannte Residenzpflicht gilt - im Unterschied zu allen anderen hier Lebenden wird ihnen das Recht auf Freizügigkeit nicht zuerkannt. Wenn sie den ihnen zugewiesenen Bereich verlassen, machen sie sich strafbar.

Von Seiten der Behörden besteht gegenüber Asylsuchenden oft eine Mentalität der Vollstreckung. Dies zeigen die Fälle von Erstickungstod mehrerer abgeschobener Flüchtlinge in Flugzeugen der deutschen Lufthansa.

Hier wie auch bei den zahlreichen Todesfällen in den Abschiebegefängnissen zeigt sich dieser Staat im wahrsten Sinne des Wortes gnadenlos.

Wer es nicht weiß, sollte sich die Zahl merken: Allein 1999 wurden aus Deutschland 32 233 Menschen auf dem Luftwege abgeschoben. Allerdings ist das nur der zweite Platz in Europa, hinter England mit über 45 000 Abschiebungen.

Allein die genannten Beispiele machen schon deutlich, dass die Taten von Neonazis in den vergangenen zehn Jahren nicht vom Himmel gefallen sind - sie sind nur möglich auf dem Hintergrund derartiger gesellschaftlicher Verhältnisse.

Und es ist nicht damit getan, dass alltäglich Ungleichheit und Inhumanität gegenüber Menschen fremder Herkunft praktiziert wird - es wird mit ihnen ja auch Politik gemacht.

Immer wieder ist in den vergangenen Jahren von Politikern demokratischer Parteien durch rassistische Äußerungen den Nazi-Parteien erst das Stichwort gegeben worden, gegen Ausländer aktiv zu werden:

Wer von *Asylantenschwemme* oder *Asylantenflut* redet, wer behauptet, das „*Boot ist voll*“, wer von einer sogenannten „*Ausländerkriminalität*“ spricht oder wer den Satz prägt „*Kinder statt*

Inder“, der verbreitet alltäglichen Rassismus und macht Neonazis dadurch hoffähig.

Erst auf dem Hintergrund solcher von vielen als normal angesehener Äußerungen ist erklärbar, dass seit Jahren alltäglich Gewalt gegen Fremde und Andersaussehende praktiziert wird.

Es ist zu begrüßen, dass führende Politiker wie Herr Schröder oder Herr Fischer nach den Anschlägen auf Synagogen an jüdischen Gottesdiensten teilnahmen.

Man muss sie allerdings fragen, warum sie in der Vergangenheit nicht ein einziges Mal eine Asylunterkunft besucht haben, die Opfer eines



Folklore-Gruppe des Alevitischen Kulturvereins

Anschlages wurde.

Allgemeine Appelle für Toleranz und gegen Rechts reichen nicht aus, es können und müssen auf kommunaler Ebene konkrete Beschlüsse gefasst werden, die dem braunen Pack den Boden entziehen.

Wir fordern:

Ratsbeschlüsse: Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten und aus Folterstaaten wie der Türkei sollen ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

Ratsbeschlüsse: Bau menschenwürdiger Unterkünfte für alle Flüchtlinge und Asylsuchende sowie ausreichende soziale Unterstützung für alle Bedürftigen.

Ratsbeschlüsse: Für die Abschaffung aller Abschiebegefängnisse.

Wir fordern:

Die Einrichtung eines Vertretungsgremiums für Flüchtlinge und Asylsuchende, das von den Betroffenen selber gewählt wird und von der Kommune politisch und finanziell unterstützt wird.

Öznur Sezgin

Der Aufstand im Todeslager Sobibór

Zu einem Vortrag von Thomas Toivi Blatt, der als 15jähriger im Jahre 1943 die Befreiungsaktion mitorganisiert hat
(4. Teil)

Der Ausbruch der jüdischen Häftlinge aus dem Todeslager Sobibór gelang aufgrund einer Planung, bei der die Kräfteverhältnisse und Örtlichkeiten weitgehend richtig eingeschätzt worden waren. Die so erlangte Freiheit aber bedeutete keineswegs, der Gefahr entronnen zu sein. Das Territorium, in dem sich die Ausgebrochenen bewegten, war noch von den Nazis beherrscht. Für die weitere Flucht außerhalb des Lagers gab es keine Planung, sie hatte außerhalb der Vorstellungskraft der Aufständischen gelegen, zumal ihnen das Gebiet, in dem sich das Lager befand, kaum bekannt war. Angesichts der fehlenden Einheit darüber, wie es weitergehen sollte, machten sich die unterschiedlichen Interessen der um ihr Überleben kämpfenden Ausgebrochenen stärker bemerkbar. Es galt, die Zeit zu nutzen, ehe der Feind das gesamte Gebiet einkesseln konnte. Stärkere unter den Ausgebrochenen suchten, unter Zurücklassung der Schwächeren, auf eigene Faust das Weite. Die Aufsplitterung in kleine Gruppen bot in dem unwegsamen Gelände zumindest für einige von ihnen die Chance, unentdeckt zu entkommen. Ob ein Zusammenbleiben größere Chancen geboten hätte, ist zweifelhaft.

Die Vogelfreiheit der Ausgebrochenen

„Ohne mich um die Schüsse zu kümmern, rannte ich weiter. Zu meiner Rechten sah ich Wendland, der sich an die Wand der Kantine drückte. Langsam zog er sich hinter die Ecke zurück und nahm die fliehenden Häftlinge unter Beschuß. Ich sah auch, wie Frenzel wieder, mit einer Maschinenpistole bewaffnet, auf der Bildfläche erschien. Zusammen mit Bauer mobilisierte er die ukrainischen Wachen, die wie gelähmt dastanden. Diese blockierten daraufhin den Weg zum Haupttor, wo viele Häftlinge gerade getötet wurden. Gewehrkegel sausten dicht an meinem Ohr vorbei. Vor mir starb ein Freund, dann stürzten weitere Häftlinge zu Boden. Ich blieb stehen, mein langes Messer nützte mir jetzt nichts mehr. Ich entfernte mich etwa 15 m von der Menge und lief rechts an den Unterkünften der

Deutschen vorbei, als sich eine neue Welle wildentschlossener Kämpfer todesmutig auf das Haupttor zubewegte. Eine kleine Gruppe, Sascha, Szlomo, Sender, ich selbst und ein weiterer Mann mit einer Axt, landeten schließlich zwischen den Zäunen im Korridor an der Peripherie des Lagers, durch den normalerweise die Wachen ihre Kontrollgänge machten. In dem ganzen Durcheinander waren wir auf diesen Korridor zugelaufen, und so mußten wir nicht mehr an den beiden Stacheldrahtzäunen und dem Graben vorbei, die lagen bereits hinter uns. Vor mir lagen nur noch ein einziger Stacheldrahtzaun

und ein etwa 15 m breites Minenfeld. Ich blieb stehen. Irgendjemand versuchte, mit einer Schaufel eine Öffnung in den Zaun zu schlagen. Sascha, der eine Pistole in der Hand hatte, stand da und wartete, wie auch Sender und ich mit unseren Messern. Nur Szlomo S z m a i j s n e r b e s c h o ß

seelenruhig den Wachturm. Ich weiß noch, wie ich über seine Selbstbeherrschung staunte. Innerhalb kürzester Zeit kamen weitere Häftlinge angelaufen. Ein Kugelhagel ging auf uns nieder. Die Häftlinge kletterten nicht einer nach dem anderen durch die Öffnung, sondern stiegen gleich über den Zaun. Obwohl wir vorgehabt hatten, die Minen mit Backsteinen und Holz zur Detonation zu bringen, taten das nur die wenigsten, dafür war einfach keine Zeit. Es war uns lieber, auf der Stelle zu sterben, als noch einen Augenblick länger in dieser Hölle zu bleiben. Die Leute drängten mit aller Kraft in die Freiheit. Auf halben Wege durch den Zaun brach er zusammen und stürzte auf mich nieder. Erst dachte ich, das sei mein Ende. Stattdessen rettete mir dieser Zwischenfall wahrscheinlich das Leben, denn während ich im Stacheldraht festhing und die Menge über mich hinwegtrampelte, sah ich, wie die Minen explodierten und

die Menschen in der Luft zerrissen wurden.“ (Blatt, S. 203 f)

Thomas Blatt konnte sich unter Zurücklassung seines mit Essensvorräten vollgepackten Mantels aus dem Stacheldraht befreien und noch mit der letzten Gruppe flüchtender Häftlinge unter Beschuß im Wald verschwinden. Dabei bekam er einen Schuß ins Kinn ab, die Kugel sitzt noch heute in seinem Kinnbacken. Rund 300 Häftlinge hatten den Ausbruch gewagt, mehr als 150 schafften es durch den Minengürtel bis zum Wald. Eine Gruppe unter Führung von Sascha war etwa 40, eine weitere unter Führung von Kali Mali etwa 20 Mann stark. Nach zwei Tagen stießen beide Gruppen aufeinander. Über dem Gebiet kreisten ständig Suchflugzeuge, um sie aufzuspüren. Die Flüchtigen teilten sich schließlich in kleine Gruppen, um dem Feind die Verfolgung zu erschweren. Dies ging nicht ohne Streit ab, da jede Gruppe erfahrene und umsichtige Leute wie Sascha bei sich haben wollte, während sie schwächere Marschierer, auf deren langsames Tempo man Rücksicht nehmen mußte, gern anderen Gruppen überlassen wollte. Auch die Aufteilung der wenigen Waffen und knappen Essensrationen bot Konfliktstoff. Sascha entzog sich der Auseinandersetzung, indem er mit einigen ausgesuchten Leuten von einem Erkundungsgang nicht zurückkehrte.

„Wir waren Menschen unterschiedlichster Herkunft und Altersgruppen, und wir sprachen verschiedene Sprachen, aber wir kamen alle aus den Tiefen der Hölle und waren fest entschlossen, bis zum letzten Atemzug zu kämpfen. Wir würden den Deutschen nicht noch einmal lebend in die Hände fallen! Mit den Waffen, die dagewesen waren, hätte man eine ganz passable Kampfeinheit

zusammenstellen können. Wie auch immer, Sascha war nicht wieder aufgetaucht, und vom heutigen Standpunkt aus kann man es ihm wohl auch nicht vorwerfen.

Unter den verbleibenden Leuten aber begann sich eine richtige Tragödie abzuspielen. Je nach Alter, Herkunft und Freundschaften begannen sich einzelne Gruppen zu 2 oder 3 Leuten herauszubilden. Es gab Streit. Die Älteren und weniger Selbständigen beschwerten sich und flehten die rasch aufbrechenden Gruppen an, sie nicht im Stich zu lassen, doch niemand wollte sich ihrer annehmen.“ (Blatt, S. 211)

Die Vogelfreiheit, in der sich die Ausgebrochenen befanden, beschreibt Blatt so:

„Mir wurde klar, wie schwierig das Überleben für eine so große Anzahl Menschen sein würde. Ende 1943 gab es keine offenen jüdischen Orte mehr, an die die Gefangenen zurückkehren konnten. Die einst so lebendigen jüdischen Shtetl und Dörfer waren jetzt leer, die meisten Häuser waren geplündert und zerstört worden. Zwar waren wir dem Tod in den Gaskammern entronnen, aber noch waren wir alles andere als in Sicherheit - das Gespenst des Todes war nur ein wenig zurückgewichen. Wohin sollten wir gehen? Was sollten wir tun? Ließ man sich als Jude in der Öffentlichkeit blicken, bedeutete das unter dem Gesetz der Nazis das Todesurteil.

Der Wald bot einem auch nicht genügend Schutz. Die verschiedensten Plünderer und Partisanen zogen durch die Gegend und raubten Zivilisten aus, um zu überleben. Darunter waren polnische Nazi-Gegner, Kommunisten und antikommunistische Splittergruppen; oder ukrainische Gruppierungen, die mit den Nazis zusammenarbeiteten und gegen die polnischen und sowjetischen Partisanen kämpften. Trotz ihrer

Unterschiede hatten sie eine wesentliche Gemeinsamkeit: Abgesehen von den sowjetischen und einigen linksgerichteten polnischen Partisanen töteten sie jeden Juden, der ihnen über den Weg lief, und raubten ihn aus. Unbewaffnet hatten nur besonders findige Leute eine kleine Chance.“ (Blatt, S. 211 f)

Natürlich waren die Häftlinge mit ihrer Flucht aus dem Todeslager ihren Feinden noch keineswegs entkommen. Die Nazis stuften den Ausbruch der Juden aus dem Todeslager Sobibór als Aufstand ein und erblickten darin eine für ihre Herrschaft sehr gefährliche militärische Handlung, deren Folgen - insbesondere den mit deren möglichem Erfolg verbundenen Propagandaeffekt - sie mit allen Mitteln zunichte machen mußten, ehe sich die Ausgebrochenen zur Roten Armee durchschlagen konnten. Dabei befürchteten sie weniger die Aufdeckung ihrer Taten als vielmehr, daß der trotz der Niederlage bei Stalingrad und des 6wöchigen Kampfes im Warschauer Ghetto mit allen Mitteln aufrechterhaltene Mythos ihrer Unbesiegbarkeit zerriß. Die in Sobibór umgekommenen Soldaten des Bösen wurden in Chelm mit militärischen Ehren beigesetzt, während der Aufstand in der Nazi-propaganda völlig verschwiegen wurde.

Die Herrschaft in dem gesamten Gebiet lag damals noch monatelang in den Händen der Nazis, auch wenn sie ihnen hier und da durch Partisanen streitig gemacht wurde. Die nach ihrem Entweichen aus dem Lager von der Staatsgewalt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln organisierte Verfolgungsjagd mit Flugzeugen, Bluthunden und Ketten von Jägern sowie die Jagd durch Umwohnende,

denen für die Ergreifung der „ausgebrochenen Bestien“ hohe Belohnungen versprochen wurden oder die einfach Zeiten der Anarchie und Gesetzlosigkeit nutzen und Beute machen wollten, stellten ein Bedrohungspotential dar, das das Unternehmen des Ausbruchs nahezu aussichtslos erscheinen ließ.

„Für die geflüchteten Juden wurden die folgenden zwei Wochen eine grauenhafte Zeit. Sie wurden von einem entschlossenen Feind gejagt: einer Kompanie von über 100 Soldaten der Wehrmacht, 100 berittenen Polizisten und 150 Ukrainern und SS-Männern. Am 16. und 17. Oktober waren mit über 500 Mann die 2. und 3. SS-Kavallerie-Brigade an dieser Menschenjagd beteiligt.

Allein dieses Aufgebot war riesig, man muß aber noch Freiwillige, örtliche Polizeieinheiten und Kollaborateure sowie Aufklärungsflugzeuge der Luftwaffe hinzurechnen - eine erdrückende Übermacht gegen die flüchtenden Juden. Die Fahndung richtete sich hauptsächlich, aber nicht ausschließlich nach Osten. Nur zwei Bataillone durchkämmten das Waldgebiet westlich von Sobibór.

Die Nazis glaubten, die Juden würden den Fluß Bug überqueren, um sich dort den Partisanen anzuschließen. Dabei übersahen sie, daß die große Mehrheit der Flüchtigen aus dem Raum Lublin stammte und Schutz in dem ihr vertrauten Gebiet suchte.

Die Brücken des Bug wurden bewacht und die Kreuzungen kontrolliert. Orientierungslos liefen einige Juden im Wald im Kreis herum und gerieten so aus Versehen in die Nähe des Lagers, wo sie gefaßt wurden. Die Geflüchteten wurden einzeln oder in Gruppen gefangengenommen. Jeder Erfolg wurde über Telegramm nach Krakau gemeldet, wie es

ein Polizeibericht festhält: *‘Bericht des 1. Bataillons der berittenen Polizei: Im Zeitraum vom 14. bis 18. Oktober 1943 war das Bataillon in der vom SS-Sonderkommando Sobibór organisierten Judenjagd 40 km nordöstlich von Chelm eingesetzt. Mit Hilfe der Wehrmacht und der Grenzpolizei konnten wir von den etwa 300 aus Sobibór geflüchteten Juden etwa 100 wieder aufspüren.*

Sicherungsabschnitt Bug: In der Zeit vom 17. bis 19. Oktober 1943 wurden von den aus dem Lager Sobibór am 14. Oktober 1943 geflüchteten Juden im Raum um Sobibór und Rozanka 52 km nordöstlich Chelm 15 Juden aufgegriffen und 44 Juden vernichtet. Erbeutet: 1 Gewehr, 1 Pistole, 1 Handgranate.

21. Oktober in Sawin, 15 km nördlich Chelm, von Streife des Wehrmachtstützpunktes Sawin 6 Juden aus Lager Sobibór festgenommen und 1 Jude auf der Flucht erschossen.’

Die Suche wurde am 21. Oktober eingestellt und mit der Fahndung allein die Kavallerie-Brigade beauftragt. 3 Tage später stürzte ein Aufklärungsflugzeug vom Militärflughafen Deblin in 6 km Entfernung von Sobibór ab.“ (Blatt, S. 320 f)

Bilanz des Aufstandes

Der überwiegende Teil der SS-Leute im Lager Sobibór (10 von 17) hatte den Tag des Aufstandes nicht überlebt, außer den genannten waren noch SS-Scharführer **Fritz Konrad** und SS-Unterscharführer **Walter Nowak** umgekommen. Auch 2 Volksdeutsche (außer Schneider noch einer namens **Iwan Klatt**) wurden getötet, von den 120 ukrainischen Wachleuten blieben einige verschwunden. Eine größere Gruppe von ihnen wurde später

als Verräter erschossen. Einer von ihnen, der SS-Wachmann **Wasil Hermaniec**, hatte am 22.10.1943 auf dem Weg vom Lager Sobibór zum Lager **Trawniki** dem sie begleitenden SS-Oberscharführer **Herbert Floss** dessen Maschinenpistole entwendet und ihn damit erschossen. Einige der Ukrainer konnten entkommen, aber 25 wurden gefangengenommen, entwaffnet und nach Trawniki gebracht.

Von den Kommandanten waren Stangl, Bauer, Wagner, Frenzel und Blobel entkommen. Sie wurden nach Berlin berufen und nach kurzem Urlaub noch im Oktober 1943 zum Kriegsschauplatz nach Italien in Marsch gesetzt, ebenso wie Wirth und Reichleitner. (Wirth fiel 1944 beim Sichern von Straßen gegen Partisanen, Reichleitner wurde auf Patrouille erschossen). Nicht umgekommen, aber schwer verwundet war SS-Oberscharführer Werner Dubois, der von dem jüdischen Arzt **Dr. Szulim Bresler** aus Kolo behandelt wurde. Dieser war während des Aufstandes gefangengenommen, aber zunächst verschont worden, um die verwundeten Nazis medizinisch zu versorgen. Er wurde gezwungen, Dubois ins Krankenhaus nach Chelm zu begleiten, kehrte aber nicht nach Sobibór zurück, sondern wurde wahrscheinlich, nachdem er seinen Patienten abgeliefert hatte, erschossen.

Die Zeit bis zur Befreiung des Gebiets durch die Rote Armee überlebten von denen, die an dem Aufstand beteiligt waren, 53 Personen.

Daß Thomas Blatt eine derart detaillierte Schilderung der Ereignisse geben konnte, verdankt er nicht zuletzt seinen Tagebuchnotizen, mit denen er bereits in Izbica begonnen hatte und die er bei verschiedenen Leuten, denen er vertraute, deponiert hatte, damit seine

Erlebnisse im Falle seines Todes und der Vernichtung seines „Volkes“ nicht verloren waren. Er hatte sich vor allem Christen ausgesucht, mit denen sein Vater befreundet gewesen war. Seine Notizen, die er auch im Todeslager unter schwierigsten Bedingungen fortsetzte und sorgsam versteckte und die er teilweise ständig in seiner Hosentasche bei sich trug, waren ein Motiv, das ihn überleben ließ und das dazu beitrug, daß die Geschehnisse ihn nicht psychisch fertigmachen konnten. Nicht alle Notizen erlangte er nach dem Krieg zurück, aber er konnte die Fakten weitgehend dennoch rekonstruieren. Die Überlebenden von Sobibór, die sich anlässlich der Prozesse gegen ihre Peiniger von damals als Zeugen begegneten, bildeten nach dem Krieg eine Schicksalsgemeinschaft, die motiviert genug war, nichts von ihren Erfahrungen dem Vergessen anheimfallen zu lassen. Der Buchautor, der sich in **Seattle** (im US-Staat Washington) als Kaufmann niederließ, hat sämtliche Quellen, die ihm verfügbar waren, einbezogen, um möglichst exakt Zeugnis abzulegen. Er war nie nur Opfer, sondern immer auch Beobachter, der sich neben sich selbst stellen konnte. Er ist heute ein überall auf der Welt begehrter Zeitzeuge.

Zur Unterstreichung seiner Erzählung ließ Blatt den Film „*Escape from Sobibór*“ auf sein Publikum wirken und stand ihm danach Rede und Antwort. Das lange Zeit in Deutschland herumgeisternde Vorurteil, daß sich die Juden hätten wie Schafe zur Schlachtbank führen lassen, wird durch die bis ins Feinste ausgetüftelten Täuschungsmanöver, die von den Nazis angewandt wurden, um ihre Opfer in die Irre zu führen, und durch historische Ereignisse wie den Aufstand

von Sobibór gründlich widerlegt. Daß die Nazis solche Ereignisse nach Möglichkeit zu vertuschen trachtete, ist aus ihrer „raison d'être“ leicht nachvollziehbar. Aber auch in der christlich durchtränkten Aufarbeitung des Holocaust in der Bundesrepublik blieben Ereignisse solcher Gegenwehr unterbelichtet. In dem Bemühen, die Opfer nur als Opfer erscheinen zu lassen, wurden sie in ein Licht gerückt, in dem sie ebenso unbegreiflich erschienen wie die Täter. Gewalt war an sich verpönt und durfte daher auch als legitime Gegenwehr gegen ein Gewaltregime nicht mehr wahrgenommen werden. (In ein solches Zwielficht wurden z.B. auch die Verschwörer des 20. Juli getaucht, und es diente denen, die sich mit dem Nazi-Regime eingerichtet hatten, als Alibi.) Thomas Blatt, der sich monatelang in der Umgebung von Izbica versteckt hielt, dabei wiederholt in große Gefahr geriet und sich schließlich bis zur Befreiung des Gebietes einer Partisanengruppe, in der er einige ehemalige (christliche) Klassenkameraden antraf, anschloß, läßt in seiner Schilderung derartigen Mystifizierungen keinen Raum. Thomas Blatt geht mit den Fakten, die auch sein eigenes Überleben geprägt haben, nüchtern um und macht sie so für sein Publikum gedanklich nachvollziehbar.

So auch bei der Dortmunder Veranstaltung. Die Tatsache, daß die Häftlinge für ihre Befreiung die Ermordung anderer Menschen billigend in Kauf genommen und ausgeführt hatten, warf ihnen angesichts dessen, was sie zuvor hatten durchmachen müssen, niemand von denen, die ihm zuhörten, vor. Thomas Blatt bemühte sich, Verständnis auch für diejenigen unter den Häftlingen zu wecken, die sich an dem Aufstand nicht beteiligt hatten und sich entschlossen hatten,

im Lager zurückzubleiben. Von diesen hat niemand überlebt. Ebenso erging es den 30 Häftlingen in Lager III, mit denen kein Kontakt mehr hergestellt werden konnte.

Um sein Buch über den Aufstand in Sobibór vollenden zu können, hat sich Thomas Blatt auch darum bemüht, die Motive der Faschisten zu begreifen. Als Frenzel (nach seiner 1966 erfolgten Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe) nach einem Wiederaufnahmeverfahren 1982 bedingt aus der Haft entlassen worden war, lud er Thomas Blatt zu einem Interview ein. Dieses Interview ist in das Buch aufgenommen worden.

KD

Anzeige

**Schallplattenversand
Matthias Henk
Postfach 11 04 47
28207 Bremen
Der Antifa Platten Versand**



Bei uns erhältlich:

**ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber, Aufnäher) CD DM 22,00**

**Sampler: Gramschap 1978-1986
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,
Bander Pop Gruppe, Draske,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00**

**Erhältlich per Post oder:
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486**

**Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folkingedwardsstraat 16A, 9701 JA
Groningen- Niederlande
Bestellt den Katalog!**

**Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0421-4989535
E-mail: JUMPU@t-online.de**

Borchardts „Nationaler Widerstand“ vor dem „Langen August“: Die Nazis wittern Morgenluft in Dortmund

Am Mittwoch (25.10.) nach ihrer erlaubten Demonstration zogen die Nazis gegen Abend in 40 Mann Stärke unter Führung von Siegfried Borchardt in einer unangemeldeten Demonstration, Sprüche wie „Auschwitzlügner!“, „Linke sind Mörder!“, „Hier marschiert der nationale Widerstand!“ grölend, vom Dortmunder Hauptbahnhof aus durch die Nordstadt bei der Moschee an der Bachstraße vorbei, wo sie in einer bedrohlichen „Kundgebung“ kundtaten, daß sie solche Institutionen dort nicht wünschten, bis zu dem linken Treffpunkt „Langer August“ (Braunschweiger Straße 20), wo von dem Café „So & so“ aus, in dem sich gerade mal 3 Personen befanden, angesichts des bedrohlichen Gehabes der Nazis die Polizei gerufen wurde, die laut Aussage der Bedrohten in der Fernsehsendung „Lokalzeit im Revier“ erst etwa 20 Minuten später zur Stelle war und die Nazis dann, nachdem sie mit der Drohung „Wir kommen wieder!“ in Richtung Bergmannstraße weitergezogen waren, an der Einbiegung der Stollenstraße in den Nordmarkt, u.a. mit einer Hundertschaft aus Köln, einkesselte, ihnen aber ohne Personalienfeststellung freien Abzug gewährte, da ja keine Straftat begangen worden sei.

Wo sie hergezogen waren, hatten sie ihre Propagandaaufkleber angebracht und an der Bergmannstraße zuvor noch eine weitere kurze „Kundgebung“ durchgeführt, waren dann um den Häuserblock marschiert und wollen auf dem Nordmarkt ihre Abschlußkundgebung machen. Dort hatten sich mittlerweile rund hundert empörte Nordstadtbewohner eingefunden, denen die planmäßigen nadelstichartigen Einsickerungsversuche der Nazis allmählich auf die Nerven gehen und die ihnen deutlich zu verstehen geben wollten, daß sie hier unerwünscht sind. Der Polizeikessel richtete sich Augenzeugen zufolge denn auch nicht so sehr gegen die Nazis in seiner Mitte, vielmehr wurden diese aufgebrauchten Bürger davon abgehalten, den Nazis zu nahe zu kommen.

Ein Augenzeugenbericht
Zu dem Vorgang gibt es ein aufschlußreiches polizeiliches Vernehmungsprotokoll des Zeugen **Ernst Thomas Nückel** vom 27.10.2000, in dem es heißt:

„Am Abend des 25.10.2000 saß ich zu Hause an meinem Rechner... Ca. 20.00 Uhr hörte ich Gegröle... Ich schaute durch mein Fenster auf die Braunschweiger Str. und sah zunächst eine Fahne, vermutlich die Reichskriegsflagge, jedoch konnte ich in der Mitte die Buchstaben PD erkennen, was komplett wohl NPD gewesen sein könnte. Weiterhin konnte ich eine dunkel gekleidete Gruppe (ca. 30-50 Personen) erkennen, die relativ schnell - leichter Lauf - aus Richtung Nordmarkt kommend in Richtung Norden die Braunschweiger Str. liefen. Ich konnte trotz

geschlossener Fenster deutlich die Worte 'Ausländer raus' vernehmen. ... 2 Personen hoben den Arm zum 'Hitlergruß'. ... Diese Personen kann ich insofern beschreiben, daß sie relativ jung (unter 20 Jahren) waren. Sie trugen dunkle Bomberjacken. Hinter der Personengruppe fuhr ein dunkler Opel Astra mit vermutlich Dortmunder Kennzeichen. Ich war empört und begab mich nach ca. 10 Minuten auf die Straße. Die Personengruppe war nicht mehr da, ich ging die Braunschweiger Str. in Richtung Norden... Nach ca. 7 Minuten traf ich am Nordmarkt ein. Dort sah ich ein großes Polizeiaufgebot, die um die zuvor genannte Personengruppe standen. Ich sprach einen uniformierten Beamten an und teilte ihm mit, daß ich eine Anzeige erstatten möchte. Meine

Sachverhaltsdarstellung, ähnlich der jetzt genannten Schilderung, wurde notiert. Ich gab meine Personalien und meine Telefonnummer an. Den Namen des Beamten habe ich nicht erfragt. Ich blieb noch einige Zeit am Nordmarkt, bis die Personengruppe seitens der Polizei scheinbar entlassen wurde. Ich ging dann ... um den Nordmarkt und sah beim Eintreffen in die Braunschweiger Str., wie ca. 7-10 Personen auf den in der Braunschweiger Str. abgeparkten PKW stiegen. Folgendes Kennzeichen habe ich abgelesen: **DO-GH 458, roter Opel Kadett**. In dieses Fahrzeug stiegen ... 3 oder 4 Personen ein. Ein weiteres Fahrzeug (VW Golf) kam rückwärts die Braunschweiger Str. gefahren und hielt in Höhe des zuvor genannten Opel Kadett an. Das Kennzeichen des **VW Golf**

lautet **DO-JN 1488**. Bei der zweiten 8 des Kennzeichens bin ich mir jedoch nicht ganz sicher, da das Kennzeichen ziemlich verdreht war. Die Personen stiegen ein, und der Opel Kadett fuhr in Richtung Norden, der VW Golf folgte. Die Personen ... waren sehr jung. Ein paar Minuten vorher fiel mir ebenfalls in der Braunschweiger Str. ein **VW Bulli**, ... **UN-KA 422**, auf, der mit 5 oder 6 Personen besetzt die Braunschweiger Str. in Richtung Norden befuhr. Es hatte den Anschein, daß die Personen zu der Gruppe gehörten. Ich stelle nochmals wegen des 'Hitlergrußes' Strafanzeige."

Nachbarschaftstreffen

Den freien Abzug nutzte ein Trupp Nazis, um sich andernorts, so vor einem türkischen Gemüseladen, mit dem Spruch „Kauft nicht bei Türken!“ aufzubauen, während die Polizei laut *Westfälischer Rundschau* bemüht war, ihnen den Rückzug zum Hauptbahnhof gegen inzwischen herbeigeeilte Autonome freizuhalten. Die aufgebrachte Nachbarschaft findet sich seither auf Initiative von **Helmut Manz**, der am 25.10. im Café „So & so“ gesessen und damit zur Gruppe der Bedrohten gehört hatte, zu Nachbarschaftstreffen zusammen (wobei eine Dolmetscherin für gegenseitige Verständigung unter Deutsch- und Türkischsprechenden sorgt), da sie der polizeilichen Propaganda, alles „im Griff“ zu haben, nicht vertraut. Mit einem Offenen Brief vom 28.10.2000 wurden nach dem 1. Nachbarschaftstreffen der Oberbürgermeister **Dr. Gerhard Langemeyer** und

der Polizeipräsident **Hans Schulz** zu einem 2. Nachbarschaftstreffen am Samstag, den 04.11., eingeladen, „um Ihnen Gelegenheit zu geben, den mehrfach geäußerten Verdacht zu entkräften, daß die Polizei in einer besser situierten Dortmunder Wohngegend wesentlich entschiedener und vor allem früher eingegriffen hätte. Zeigen Sie uns, daß Ihnen die Sicherheit und das Wohlergehen der Nordstadtbewohner ungeachtet ihrer Nationalität, ihrer politischen, religiösen und sexuellen Orientierung

Nordstadt gegen Rechts“ am 1. Mai gesprochen hatte, verwies ansonsten aber auf die Zuständigkeit der Polizei, letzterer führte ein von der NRW-Polizei eingeführtes „Institut der ‘Sicherheitsbesprechung’“ für einen „begrenzten Personenkreis“ an und bot in einem Rahmen von „in enger Zusammenarbeit mit der Polizei“ zu lösenden „unmittelbaren Problemstellungen“ Gespräche der unmittelbar Bedrohten mit dem für Sicherheitsfragen im Bereich um den Nordmarkt zuständigen Inspektionsleiter



ebenso wichtig ist wie die jedes anderen Dortmunders.“ Es erschienen weder der Oberbürgermeister noch der Polizeipräsident, ersterer erinnerte in einem Antwortschreiben daran, daß er auf der Demonstration „

Uwe Teßmann-Fichtner von der Andreaswache an. Dieser ist sicher ein netter und zuvorkommender Beamter. Allerdings kann auch er nur mit dem Wasser der Polizei kochen. Bei einer von der Nordmarkt-Initiative

veranstalteten Gesprächsrunde mit der Polizei zur Alkoholproblematik rund um den Nordmarkt am 09.11. kam auch der Naziaufmarsch dort zur Sprache. So seien Kinder, die in der Moschee Nachhilfeunterricht bekämen, zur Zeit sehr verängstigt. Uwe Teßmann-Fichtner erklärte, die Polizei habe erst im nachhinein von den strafbaren Parolen etwas erfahren, da sich nicht rechtzeitig Zeugen zur Verfügung gestellt hätten, einer Behauptung, der entschieden widersprochen wurde. Gefragt sei Zivilcourage. Ermittelt werden könne leider nur gegen Unbekannt, denn für eine Personalienüberprüfung der Nazis „gab es keine Rechtsgrundlage“. Wenn von Anwohnern Gegenteiliges behauptet wird, so habe die Polizei darüber jedenfalls keine Aufzeichnungen. Dies war den Verlautbarungen der Polizei bei einem Gespräch vor rund 50 Anwohnenden in der Aula der Nordmarktschule zu entnehmen. Uwe Teßmann-Fichtner sah allerdings ein strafbares Verhalten darin, daß Siegfried Borchardt die gut vorbereitete „Spontanversammlung“ polizeilich nicht angemeldet hatte.

Ruhig-Blut-Predigt des Polizeipräsidenten

An den Polizeipräsidenten stellte ich zum Polizeieinsatz am Langen August am 26.10. schriftlich die Frage:
„Die Bedrohten haben kritisiert, daß die Polizei erst 20 Minuten nach ihrem Hilferuf erschienen ist und die Bedroher samt ihrer Transparente nach einer

halben Stunde unbehelligt hat abziehen lassen. Sie hätten sich ohne weiteres erneut zusammenrotten und wiederum dort erscheinen können. Was sagen Sie zu dieser Kritik?“

Seine Antwort (vom 10.11.2000):

„- Wahr ist, daß die Polizei nicht nach ca. 20 Minuten, sondern nach exakt 9 Minuten am Nordmarkt eintraf.

- Zum entscheidungs-erheblichen Zeitpunkt gab es keine Rechtsgrundlage für weitergehende, strafverfolgende Maßnahmen durch die Polizei.

- Versuche eines erneuten Zusammentreffens von Rechten hätte die Polizei mit den vor Ort anwesenden starken Kräften in jedem Fall verhindert.“

Die politische Devise der SPD-Politiker Langemeyer und Schulz heißt Kleinkochen des Konflikts und **Mediation**, hier konkret: Unterordnung und Einbindung politisch widerstreitender Kräfte in polizeiliche Sicherheitskonzepte und damit Weitergabe von Verantwortung für die Einhaltung solcher Konzepte an diese.

In unserer gegengewichtigen Gesellschaft findet seit längerem ein Polarisierungsprozeß statt, der von Jahr zu Jahr deutlicher hervortritt. Er ist gekennzeichnet durch eine heute geradezu ins Auge springende Anhäufung unermeßlichen Reichtums einerseits und der rasanten Zunahme an Armut andererseits. Kaputt gehen dabei die auf der Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte einschließlich des Rechts auf

Leben und körperliche Unversehrtheit beruhenden gemeinsamen Normen und Wertvorstellungen. Symptome dafür (aus antifaschistischer Sicht) sind einerseits etwa verstärkte Versuche von Spitzenpolitikern der CDU/CSU, nationalistisch-rassistische Positionen in der Gesellschaft zu verankern, um so das rechte Wählerpotential an ihre Partei zu binden, andererseits z.B. das Lebensgefühl der den Staat verachtenden Autonomen, das in Slogans wie: „Arbeit ist Verrat am Proletariat!“ oder: „Auch wenn Sie's nicht vermuten, wir sind die Guten!“ plastisch zum Ausdruck kommt und aus dem heraus das - zugleich dem Staat abgesprochene - Recht abgeleitet wird, die „Bösen“ zu bestrafen. Auch Polizisten, die von parkenden Autos mutwillig und mit Imponiergehabe den Mercedesstern abbrechen - eine Sachbeschädigung, die in Dortmund von eingekesselten Antifaschisten beobachtet wurde und in der sich ein provokantes „Wir dürfen das!“ äußert -, sind Symptom einer generell zu Lasten der Armen gehenden „Deregulierung“. Angesichts einer solchen geradezu zwangsläufigen Polarisierung der Gesellschaft mit all ihren Engpässen für das Leben der breiten Bevölkerungsmehrheit ist eine solche Einbindung (Mediation), die die im kapitalistischen System liegenden Ursachen der Polarisierung dem Streit zu entziehen sucht, ein fauler Kompromiß, der in letzter Konsequenz auf Polizeistaatlichkeit hinausläuft...

KD

Das Urteil im „Hetzjagdprozeß“ von Cottbus: Ermutigung für die Naziszene

In der Nacht zu Samstag, dem 13. Februar 1999, wurde in der brandenburgischen Kleinstadt Guben der 28jährige algerische Asylsuchende Farid Guendoul von einer Meute von Jungnazis in den Tod gehetzt. Er war in panischer Angst in eine Glastür getreten und an den Schnittverletzungen, die er sich dabei zuzog, verblutet. Nach 17monatiger Verhandlung vor der 3. Großen Strafkammer des Landgerichts Cottbus gegen insgesamt 11 Angeklagte erging am 13. November 2000 das Urteil: 2 Jahre Jugendhaft ohne Bewährung für den heute 21jährigen Anführer, Alexander B., wegen fahrlässiger Tötung. Zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung wurden unter Einbeziehung weiterer, ähnlicher Straftaten auch Daniel R. (3 Jahre Haft) und Denny T (2 Jahre 8 Monate Haft) verurteilt. 6 Täter erhielten Bewährungsstrafen, 2 wurden freigesprochen. Richter Joachim Dönitz sah als Tatmotiv „angesammelten Frust über Ausländer“ an und konnte keinen Tötungsvorsatz erkennen.

Wie wir in der *AntifaZ* Nr. 76 berichtet hatten, hatten sich die Jungnazis um 2.50 Uhr nachts vor einer Diskothek zunächst mit Vietnamesen gestritten. Ein dunkelhäutiger Kubaner hatte versucht, den Streit zu schlichten, und dabei einen der Deutschen leicht verletzt. Die Meute machte nunmehr Jagd auf ihn, er entkam ihnen jedoch. Sie erstatteten Anzeige bei der Polizei, um nach ihm fahnden zu lassen, wobei sie behaupteten, er sei mit einer Machete auf sie losgegangen. Das behaupteten sie eine Woche später bei der Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft Cottbus ebenfalls. In der Naziszene war inzwischen sogar von einem Fleischerbeil die Rede. Als der aus Sierra Leone stammende Asylsuchende **Issaka Kaba** am frühen Morgen des 13.02.1999 die Diskothek verließ, wurden er sowie zwei Algerier, **Khaled Bensaba** und **Farid**

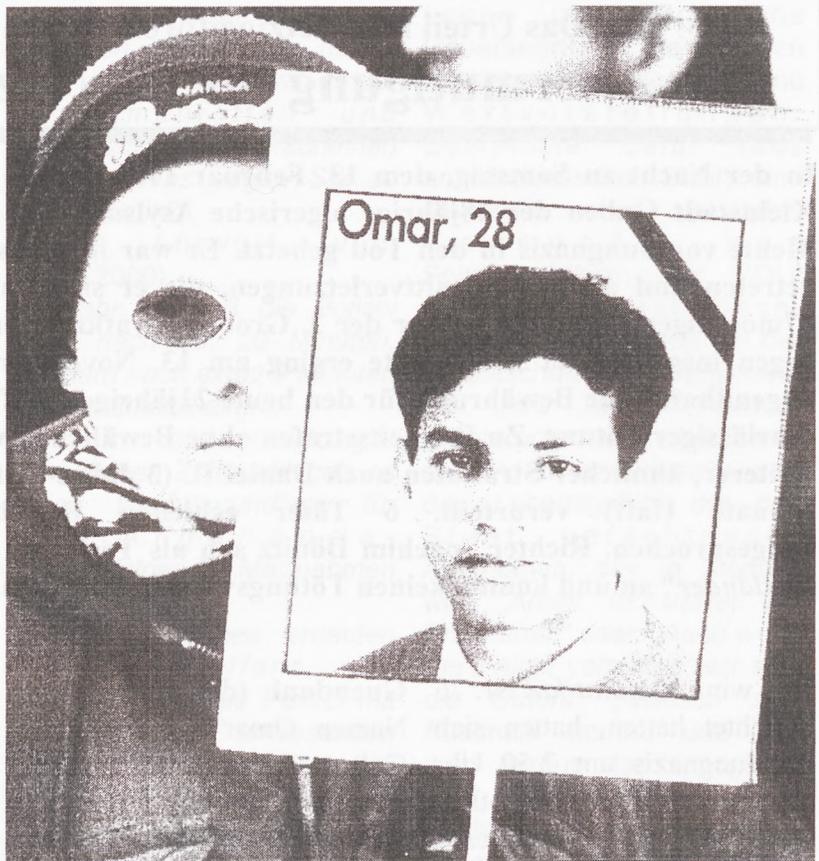
Guendoul (der unter dem Namen Omar Ben Noui in Guben untergebracht war), von den Nazis im Auto verfolgt. Issaka Kaba konnte in eine Kneipe entkommen und rief von dort aus die Polizei zu Hilfe. Khalid Bensaba wurde von den Nazis verletzt, Farid Guendoul trat, um ihnen zu entkommen, in Todesangst in die Glastür eines Plattenbaus und verblutete. Während ihrer Flucht hatten die Gejagten vergeblich versucht, vorbeifahrende Polizisten auf sich aufmerksam zu machen. Die Nazis kümmerten sich nicht weiter um den Sterbenden, sondern begaben sich zu der Kneipe, um Issaka Kaba zu verfolgen. Der dort inzwischen eingetroffenen Polizei erzählten sie, Kaba sei der Schwarze, der mit der Machete auf sie losgegangen sei, die Polizei legte diesem daraufhin Handschellen an und hielt ihn 8 Stunden lang

auf der Polizeiwache Guben fest, ehe sie ihn vernahm. Wenige Tage später, als der Tod des Algeriers den Bürgermeister dazu veranlaßt hatte, „noch einmal“ sein „ganz tief empfundenes Mitgefühl“ zum Ausdruck zu bringen, wollte die Polizei den ihr nunmehr zugespielten „schwarzen Peter“ nicht auf sich sitzen lassen und ließ verlauten, Kaba habe gelogen und z.B. die Fesselung mit Handschellen „frei erfunden“.

Der Prozeß vor dem Landgericht Cottbus begann im Juni 1999 und erstreckte sich in einem Zeitraum von knapp eineinhalb Jahren über insgesamt 81 Verhandlungstage.

Die Verhandlung hatte sich nicht zuletzt wegen zahlreicher Tricks der Verteidiger, um das Verfahren in die Länge zu ziehen, so lange hingezogen. Festgestellt wurde im Verlauf

des Verfahrens, daß die Jungnazis ihre Jagd auf die Afrikaner mit den Worten „Anhalten! Da sind Kanaken. Hinterher!“ begonnen hatten, Parolen wie „Ausländer raus!“, „Haß, Haß, Haß!“ und „Wir kriegen euch!“ gebrüllt (zitiert nach *Ruhr-Nachrichten*, 14.11.2000) und sie in einer regelrechten Ermüdungsjagd durch die Straßen gehetzt hatten. Während der Staatsanwalt Haftstrafen bis zu 3 Jahren 6 Monaten gefordert hatte, plädierten sämtliche Verteidiger auf Freispruch für ihre Mandanten. Noch am Tag vor der Urteilsverkündung hatte einer der Täter, Daniel R., in Guben einen schwarzhaarigen Mann verprügelt. Mehrere von ihnen hatten sich an der Schändung des in Guben aufgestellten Gedenksteins für Farid Guendoul beteiligt. Alle Angeklagten waren kahlgeschoren und in Springerstiefeln zur Urteilsverkündung erschienen und nahmen das Urteil mit spöttischer Gelassenheit und demonstrativem Desinteresse zur Kenntnis. Zwei Brüder des zu Tode Gehetzten, **Malek** und **Kamal Guendoul**, die eigens aus Algerien zur Urteilsverkündung angereist waren, waren fassungslos und weinten im Gericht über das ihrem Rechtsempfinden Hohn sprechende Urteil. Der damals verletzte Nebenkläger



GEDENKEN. Ein Junge trägt bei einer Demonstration ein Bild des Algeriers Farid Guendoul, der sich in Guben Omar Ben Noui nannte. Foto: dpa

Khaled Bensaba war zur Urteilsverkündung gar nicht erst erschienen. Richter **Joachim Dönitz**, nach dessen „Erkenntnis“ die Angeklagten den Tod des Algeriers nicht gewollt, sondern nur „verursacht“ haben, so als sei er die Folge eines fahrlässig herbeigeführten tragischen Unfalls gewesen, übte nach der Urteilsverkündung Schelte an Öffentlichkeit und Verteidigern: „Dieser Strafprozeß hat unter der öffentlichen Begleitung gelitten.“ Die Presse habe den Angeklagten „den frühen Stempel der tödlichen Hetzjagd durch rechtsextreme Jugendliche übergestülpt“. Er formuliert

das so, als sei daran nichts wahr. Das Verfahren hätte „in 10 bis 20 Verhandlungstagen beendet sein können“, aber eine Minderheit unter den Verteidigern habe es für sinnvoll gehalten, „einen sinnlosen Kampf gegen das Gericht zu führen“ (Zitate nach *Tagesspiegel*, 14.11.2000). Indirekte Urteilsschelte übte der FDP-Politiker **Guido Westerwelle**: Wenn brutale rechtsextreme Täter vor Gericht so billig davonkämen, sei die scharfe Waffe des angestregten Verbots der NPD doch verwunderlich. Abschreckend wirke so etwas nicht. **KD**

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG SOLL WIEDER GEZEIGT WERDEN



Es war etwa ein Jahr Funkstille um die Ausstellung „**Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944**“ eingeleitet, nachdem diese aufgrund massiver Kritik einstweilen aus dem Verkehr gezogen worden war. Die Ausstellung wurde einer Expertengruppe von Historikern zur Begutachtung unterstellt.

Diese stellten nunmehr in ihrem am 15.11.2000 in Frankfurt am Main bekanntgemachten Gutachten fest, daß die Wehrmachtausstellung zwar „*sachliche Fehler, Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials*“ enthalte, es seien jedoch keine Exponate gefälscht worden und die Grundaussagen seien korrekt. Empfohlen wurde, die Ausstellung in einer überarbeiteten Form weiter zu präsentieren.

Der bisherige Ausstellungsleiter, **Hannes Heer**, räumte in einer Stellungnahme ein, sich gegenüber Kritikern nicht immer richtig verhalten zu haben. Er habe hinzugelernt. Die Ausstellung und ihr Leiter waren von vornherein unter heftigen Beschuß nicht nur durch die Nazis, sondern auch durch führende Politiker wie **Richard von Weizsäcker** (ehemals Bundespräsident) und **Helmut Schmidt** (ehemals Bundeskanzler) geraten, die sie für in ihrer Tendenz unerträglich erklärten und als linksextrem abtaten. In der Auseinandersetzung damit hat Hannes Heer, dessen Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation in den Medien wiederholt als Argument gegen die Ausstellung vorgebracht worden war, gelegentlich auch auf berechnete Kritik überempfindlich reagiert. Wir werden demnächst wieder ausführlicher über die Thematik „Wehrmacht und Bundeswehr“ berichten.

KD

Korrespondenz aus Münster

Ausländerjagd auf offener Straße Morddrohung gegen 18jährige Schülerin

Am 26.08. haben mehrere Rechtsextreme nach einem Fußballspiel einen Schwarzafrikaner über die Hammer Straße in Münster gejagt. Dieser rannte in einen auf dieser Straße gelegenen Afro-Shop und berichtete den Anwesenden, daß er verfolgt und mit rechtsextremen Sprüchen beschimpft worden sei. Einen 33jährigen Mann aus Niger ergriff die Panik, und er rannte aus dem Laden. Als die Rechtsextremen ihn sahen, verfolgten sie ihn bis in eine nahegelegene Sparkasse, in die sich der Gejagte retten konnte. Bevor die Rechtsextremen des Mannes aus Niger habhaft werden konnten, schritten einige Passanten ein, und die Rechten verschwanden in eine ca. 150 m entfernte Fankneipe des Fußballclubs Preußen Münster. Auf ihrem Weg dorthin ergriffen sie noch einen ausländischen Mitbürger, der in einer Telefonzelle telefonierte, und schlugen ihm den Hörer aus der Hand. Die der Polizei und dem Staatsschutz bekannten Rechten wurden unter heftiger Gegenwehr kurz darauf in der Kneipe festgenommen.

Münster galt bis zu diesem Vorfall immer als

Vorzeigestadt: „Hier bei uns gibt es so etwas nicht.“ Zumindest wurde dies den Bürgern vorgegaukelt. Jetzt sind sie aufgeschreckt, schreien und werden aktiv. Der Fußballclub verhängt für Hooligans und Rechte Stadionverbot, der Bürgermeister mahnt: „*Wehret den Anfängen!*“ und palavert etwas vom Ausländerbeirat. Im Rat werden zwei Anträge eingebracht: „*Gegen das Nichtverstehenwollen*“ und „*Für Toleranz und Zivilcourage - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit*“.

In diesem Jahr gab es in Münster bereits 51 rechtsextreme Straftaten, davon 3 Körperverletzungen.

Genau eine Woche vor der oben geschilderten Ausländerjagd hatten Rechte in Münster-Hiltrup ihre Reichskriegsflagge aus dem Fenster gehängt und vorbeigehende Passanten mit Knallkörpern beschmissen. Da wurde noch nichts gemacht oder groß berichtet. Obwohl man meinen sollte, daß dies schon mehr als ein Anfang war.

Nach diesem Vorfall und dem Erscheinen des Flugblatts „*Nazis verbieten? Ja selbstverständlich!*“ haben wir angefangen, dasselbe in den Fußgängerzonen zu verteilen und in Hausbriefkästen zu werfen. Nach einer dieser Aktionen, am 15.09., vor der Schule einer Genossin, haben drei ca. 25jährige Männer, die optisch und verbal offensichtlich der rechten Szene zuzuordnen waren, auf diese gewartet, sie getreten und beschimpft. „*Wenn Du noch einmal so einen Kommunistendreck verteilst, machen wir Dich alle!*“ Die Täter sind uns nicht bekannt.

Bemerkung der Redaktion:

In den Münsterschen Zeitungen wurde der Vorfall dieser Morddrohung aufgegriffen, aber der Grund dafür unterschlagen. Die Genossin soll danach Flugblätter eines noch nicht existierenden Münsteraner Bündnisses gegen Rechts verteilt haben.

Anzeige

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

BALANCE

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-18^h
Samstage 10^h-14^h & langer Samstag